

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 R., monatlich 4,80 R. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 R. Bei Postbezug vierteljährlich 16,00 R., monatlich 5,36 R. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 R. Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Vertrauf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige halbe Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bz. 70 Dg. R. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Abrechnung vorab und bei längerem Satz 50%, Aufschlag. — Abrechnung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postfachkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 15.

Bromberg, Freitag den 18. Januar 1929.

53. Jahrg.

Sejm und Regierung.

Eine Frage an das Schicksal.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 16. Januar. Der Konfliktstoff zwischen Sejm und Regierung häuft sich immer mehr, sogar wider den Willen wenigstens eines bedeutenden Teiles der polnischen oppositionellen Parteien. Die polnische Linke leistet sich wirklich nur soviel an Kritik und Opposition, als ihr unumgänglich erscheint, um die radikalen Wählermassen nicht allzu sehr zu enttäuschen und zu erbittern. Sie begnügt sich daher gern mit kleinen rednerischen Erfolgen, aber im wesentlichen benutzt sie jeden Ausweg zur Vermeidung eines gefährlichen Entworfes — Oder. Das Schreckgespenst der Sejm- und Regierungswilligen, insbesondere der PPS, aber auch der beiden radikalen Bauernparteien (Wyzwolenie und Bauernpartei) lähmend.

Neuwahlen könnten verhängnisvoll werden, besonders für die PPS, die von keinem routinisierten Parlamentarier geleitet wird, und in deren verbitterten Organisationen keine mutige Initiative und keine Führerqualitäten gedeihen, — für diese Partei, die keine Fonds für Wahlkämpfe hat, und die mit der Gegnerschaft der finanziell gut gestellten Regierungsorganisation ernstlich rechnen muß. Die radikalen Bauernparteien haben es auch nicht eilig, den Leidensweg der Wahlkampagne schon jetzt wieder zu durchwandern, zumal eine ganz besondere Steigerung der behördlichen Repressionen als sicher vorauszuweisen ist.

Infolgedessen ist die Opposition der polnischen Linken darauf angewiesen, behutsam zu sein und vorzugehen, daß sie jede ihr vom Premier Bartel dargebotene schwächliche Kompromißplanke für eine tragbare Brücke halte.

Der Ort, in dem die Fäden der Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen Sejm und Regierung zusammenlaufen, ist die Kammer des Sejmarschalls Dąbski. Dąbski spielt noch immer meisterhaft auf der Klaviatur der PPS. Und die Mängel und Schwächen der anderen Fraktionen sind ihm wohl vertraut. Die Regierung kann auf ihn rechnen, sofern sie ein bescheidenes Maß von Respekt vor den parlamentarischen Formen zu walten gewillt ist. Dazu dürfte der Premier Bartel persönlich hinarbeiten. Aber seine persönliche Haltung ist hier nicht ausschlaggebend. Der Justizminister Czar hat in seiner Polemik mit dem Abg. Lieberman in der juristischen Kommission die Sache richtig formuliert, indem er sagte: „Es sind nun einmal solche Zeiten, daß auch der Minister gehorchen muß.“

Das Gehörungs-System, das nach außen als Regierungswille auftritt, steigert immer mehr seinen offensiven Druck auf den Sejm. Es nützt der Sejmfraktion wenig, sich damit zu trösten, daß das Fortschreiten des Verfassungsprozesses im Sanationslager nur abzuwarten sei. Die Regierung ist ohne Zweifel stark und baut ihre Macht immer mehr aus. Sie befolgt dem Sejm gegenüber eine Art Zermürbungstaktik. Die Sejmopposition reißt sich nur in Desinfektionskämpfen auf und weicht doch schrittweise zurück. Die Linke könnte den Umstand, daß Premier Bartel angeblich ihre Gutgläubigkeit hinsichtlich der zusätzlichen Kredite mißbraucht hatte, als Grund benutzen, gegen das Budget zu stimmen.

Das ist aber wenig wahrscheinlich. Das Wahrscheinliche ist vielmehr, daß die Regierung das Budget vom Sejm bewilligt bekommen und dadurch noch freiere Hand haben wird, ihre Ziele über den Sejm hinweg zu verfolgen. Der letzte Vorfall in der Budgetkommission ist von bezeichnender Vorbedeutung für die kommenden Dinge. Was soll aber kommen? Eine neue Serie von politischen Unklarheiten und Verworrenheiten, ein neuer Anlauf von Widerprüchen oder schließlich eine Entscheidung auf Seiten der regierenden Macht, den Streich zu führen, der dem Ringeln zwischen einer Halbdictatur und einem halben Parlamentarismus ein Ende machen würde? ...

Die Zaleski-Nede im Lichte der Berliner Presse.

Berlin, 16. Januar. P.M. Die Morgenblätter veröffentlichten die Rede des Ministers Zaleski in größeren Auszügen und versehen sie mit im allgemeinen günstigen Kommentaren. Lediglich die deutschen nationalen Blätter greifen den Minister in heftigen Worten an und werfen ihm Verdrehung von Tatsachen und eine Provokation Deutschlands vor.

Das Zentrumsorgan „Germania“ betont in einem Telegramm seines Warschauer Korrespondenten, daß die Rede des Ministers Zaleski einen allgemeinen Umriss der polnischen Außenpolitik der letzten Tage ergeben habe, ohne jedoch neue praktische Orientierungspunkte zu bringen. Die Ausführungen des Ministers Zaleski seien, so erklärt der Korrespondent, in einem Punkte eine angenehme Überraschung gewesen, und zwar in den von einem gemäßigten Ton getragenen Bemerkungen, die keine Einwände zuließen. Man könne nicht in Abrede stellen, daß Minister Zaleski diesmal die deutsch-polnischen Beziehungen in einem bedeutend ruhigeren Ton behandelt habe. Trotzdem ließen die Ausführungen des Ministers den Schluss zu, daß er das Bedürfnis empfunden habe, sich über seine bisherige Politik gegenüber Deutschland zu rechtfertigen. Der Korrespondent der „Germania“ wirft dem Minister vor, daß er die ausschließliche Schuld für die augenblickliche Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen nur auf die deutsche Seite abwerfe und behauptet, daß nicht die deutschen Revisionstendenzen und die Beschwerden über die Lage der deutschen Minderheit in Polen, sondern die Ziehung der deutsch-polnischen Grenze selbst und die faktische Lage der

deutschen Minderheit in Polen Momente darstellten, die der Beseitigung der deutsch-polnischen Gegensätze im Wege ständen. Alle in der Rede des Ministers Zaleski enthaltenen Worte, die den Wunsch zum Ausdruck bringen, die nachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu verbessern, würden von der deutschen Seite wohlwollend begrüßt werden unter der Bedingung, daß Polen für die Lage Verständnis zeigen werde.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ versteht seinen Auszug aus der Rede des Ministers Zaleski mit der Überschrift „Allmähliche deutsch-polnische Annäherung“. In seinem Kommentar betont der „Vorwärts“, daß die Rede des Ministers Zaleski sich neben Problemen allgemeiner Natur auch mit Fragen beschäftigt, die eine praktische Bedeutung haben. In der Frage der Rheinlandräumung könne man feststellen, daß in Polen eine gewisse Abkühlung erfolgt sei. Unabhängig von den Motiven eines solchen polnischen Standpunktes könne man nicht leugnen, daß die Erklärung des Ministers Zaleski in dieser Frage einen großen Wert besäße. Polen habe nicht die Absicht, die Räumungsfrage mit lokalen Fragen zu verknüpfen, und sich auch nicht in die Räumungsverhandlungen hineinzumischen. Der „Vorwärts“ meint, daß beide Seiten nicht immer über die Probleme der Minderheitenpolitik gut informiert gewesen seien, und hebt hervor, daß sowohl in Polen als auch in Deutschland in dieser Politik des öfteren Boshaite und mit dem wirklichen Stand der Dinge unvereinbare Tendenzen in die Erscheinung getreten seien. Was die Grenzfragen anbelangt, so müßte festgestellt werden, daß diese Fragen den scharfen Charakter verlieren würden, wenn die deutsch-polnische Grenze dank einer vernünftigen Handels- und Verkehrspolitik zwischen den beiden Staaten sowie dank einer Verständigung in der Minderheitenfrage weniger fühlbar machen würde. Deutschland habe sich in den Traktaten von Locarno verpflichtet, eine Revision der Grenzen auf dem Wege der Gewalt nicht anzustreben, nichtsdestoweniger wisse es jedermann in Deutschland, daß die Frage einer friedlichen Revision der Grenzen noch offen geblieben ist. Minister Zaleski hätte auch wissen müssen, daß der Art. 19 des Völkerbundpakt eine Legitimation für friedliche Bestrebungen zur Revision der Traktate bildet und daß die Erklärung, nach welcher die gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenzen ein Gipfel der Gerechtigkeit und politischen Weisheit seien, von seiner deutschen Regierung gutgeheißen werden könnte. Die deutschen nationalen Blätter bringen die Rede des Ministers Zaleski in ihren eigenen Telegrammen aus Warschau, die sie mit Titeln versehen wie „Polen gegen seine Nachbarn“, „Minister Zaleski lügt weiter“, „Zaleski provoziert Deutschland auch weiterhin“, „Freche Lügen und Verdrehung der Tatsachen“ usw.

Ein Beitrag zur Zaleski-Nede.

Man will sich der Deutschen entledigen.

Kattowitz, 17. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Schlesische Sejm u. a. auch mit einem Dringlichkeitsantrag der Christlichen Demokratie, in welchem der Schlesische Wojewode erlucht wird, festzustellen, wieviel deutsche Staatsangehörige noch in der oberschlesischen Industrie als Ingenieure, Techniker, Handelshelfen usw. beschäftigt sind, um sich an die Regierung mit dem Antrage zu wenden, diese Deutschen aus ihren Stellen zu entlassen. Man will dadurch zeigen, daß die Entwicklung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien von der Arbeit deutscher Staatsangehöriger durchaus nicht abhängig sei. Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 13 Stimmen angenommen.

Natürlich: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Denn das wird niemand bestreiten können, daß das Wirtschaftsleben Oberschlesiens seine Entwicklung zum überwiegenden Teil gerade diesen deutschen Kräften zu verdanken ist, die jetzt, nachdem sie ihren polnischen Kollegen die entsprechende Ausbildung hatten, abtreten werden lassen, als überflüssig angesehen werden. Ob dies aber wirklich zutrifft, darf nach den bisherigen Erfahrungen mit der Polonisierung der verschiedensten Betriebe füglich bezweifelt werden.

Die Regierung bohtottiert den Sejm.

Warschau, 16. Januar. Die Sensation des gestrigen Tages bildete die Haltung der Regierung zu den Beratungen der Haushaltskommission des Sejm über das Budget des Kriegsministeriums. In der Sitzung war weder der Kriegsminister, noch irgend jemand zu seiner Vertretung erschienen. Dieser Umstand hat bei verschiedenen Abgeordneten Empörung ausgelöst.

Der Referent des Budgets, Abg. Roscialkowski (Regierungsklub), erklärte, daß der Kriegsminister Marschall Pilsudski ihm alle nötigen Angaben über dieses Ressort gemacht und ihm gleichzeitig erklärt habe, daß er selbst an den Sitzungen der Kommission nicht teilnehmen werde. Wenn er auch keinen seiner Vertreter dazu beordern werde, so nur deshalb, da er befürchte, daß in der Sitzung der Kommission peinliche Zwischenfälle vorkommen könnten. Man könnte die Offiziere als solche beleidigen, und um keine Konflikte hervorzurufen, denn die Offizierschreie würden es erfordern, daß er auf solche Beleidigungen scharf reagieren müßte, werde er, Pilsudski, nicht kommen und auch seine Vertreter zu der Sitzung der Kommission nicht entsenden.

Diese Erklärung rief eine lebhafte Diskussion hervor, an der sich besonders die Vertreter der Linken beteiligten. Der Abg. Roja von der Bauernpartei gab folgende Erklärung ab: „Der Sejm besitzt ebenfalls seine Ehre, die respektiert werden muß. Wenn er es nicht verdient, daß die Regierung zu der Sitzung erscheint, so muß er aufgelöst werden.“

Abg. Boznicki (Wyzwolenie) stellte schließlich folgende drei Anträge:

1. Die Kommission stellt fest, daß die Beratungen keine Ursache zu der Behauptung gegeben haben, daß während der Verhandlungen die Armee beleidigt worden wäre.
2. Die Kommission nimmt die vom Abg. Roscialkowski in Abwesenheit des Vertreters des Kriegsministeriums vorgelegte Begründung nicht zur Kenntnis.
3. Im Interesse der Staatsverteidigung tritt die Kommission an die Beratungen über das Budget des Kriegsministeriums heran.

In der Abstimmung wurde der erste Antrag mit 12 gegen eine Stimme, der zweite mit 13 gegen 8 und der dritte mit 14 Stimmen angenommen. Während der darauf angeordneten Pause gaben die Abgeordneten des Regierungsklubs folgende Erklärung zu Protokoll: „Wir stellen fest, daß es in der Haushaltskommission Zwischenfälle und im Besonderen Angriffe des Herrn Trampczynski gegeben hat, durch welche die Armee sowie die Offiziersuniform beleidigt wurden.“

Damit wurden die Beratungen der Kommission auf heute vertagt.

In der heutigen Sitzung der Kommission war das Kriegsministerium nicht vertreten. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ergriff der Vertreter des Nationalen Klubs, Abg. Jurat Gzetewyński, das Wort und erwiderte auf die Erklärung der Vertreter des B. B.-Klubs, daß der Nationale Klub sich mit dem Auftreten des Abg. Trampczynski solidarisch erkläre. Die Ausführungen des Abg. Trampczynski — sagte der Redner — beeinträchtigten nicht im mindesten die Ehre der Armee, noch warfen sie einen Schatten auf die Offiziersuniform, sondern hatten den Zweck, Rechtsverletzungen an den Pranger zu stellen, ohne Rücksicht darauf, ob die Schuldigen die Uniform trugen oder nicht. Dieses Auftreten wurde weder vom Kommissionsvorsitzenden noch von irgendeinem der anwesenden Regierungsvertreter als Beleidigung der Armee qualifiziert.

Abg. Melczewski (Babylklub) meinte darauf, daß Abg. Trampczynski, als er wiederholt mit seinen Vorwürfen hervortrat, sich nicht von Rücksichten auf das Wohl des Landes, sondern von persönlichem Haßgefühl leiten ließ (Abg. Stefan Dąbrowski: Das ist nicht wahr!) und bestrebt war, die öffentliche Meinung falsch zu informieren.

Damit wurde die überaus heftige Affäre abgegeschlossen, und der Abg. Roscialkowski begann mit seinem Referat über das Budget des Kriegsministeriums.

Die Verfassungsänderung im Sejm.

Warschau, 16. Januar. In der gestrigen Sitzung des Sejm, der ersten nach den Weihnachtsferien, beschäftigte man sich u. a. auch mit dem Problem der Verfassungsänderung. Das Verfassungsgezet hat bekanntlich eine fassende Fülle aufzuweisen. Es sieht wohl vor, wie bei einer etwa in Frage kommenden Verfassungsänderung zu verfahren ist, läßt aber die Frage über den abzuändernden sachlichen Inhalt der Verfassung vollständig offen. Die Bestimmungen, die das Recht des Sejm festlegen, eine Verfassungsänderung zu beantragen, gehen dahin, daß Anträge auf Verfassungsänderungen von mindestens 111 Abgeordneten unterzeichnet sein müssen und daß für die Beschlußfassung einer solchen Änderung die Dreifünftel-Mehrheit des Hauses erforderlich ist. Zu dem Problem der Verfassungsänderung liegen noch keine Anträge vor.

Während sich der Regierungsklub über seine Absichten noch nicht ausgesprochen hat, kündigte der Nationale Klub durch den Abg. Komornicki an, er werde vor allem eine Änderung der Wahlordnung dahin anstreben, daß die Zahl der Abgeordneten der nationalen Minderheiten verringert werde.

Nachdem Abg. Pilsudski, der Bruder des Marschalls, den Antrag des Regierungsklubs referiert hatte, sprach sich die Linke in scharfer Weise gegen die Verfassungsänderung aus. Abg. Dr. Lieberman (PPS) betonte in einer längeren Rede, daß nach Auffassung der Sozialisten die Machtbefugnisse der Regierung und des Staatspräsidenten schon weitgehend genug seien, da wir sie täglich am eigenen Leibe verspüren. Es sei eher erwünscht und geboten, mit allen Mitteln die Rechte der Bürger und des Parlaments zu schützen. Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung, die auf Dienstag, 22. Januar, festgesetzt wurde, fortgesetzt werden.

Abgelehnter Dringlichkeitsantrag.

Warschau, 16. Januar. In der gestrigen Sitzung des Sejm brachte die ukrainische Partei „Selrob“ einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem die Einsetzung einer Parlamentarischen Kommission zur Prüfung der Vorgänge in Jolkow, wo vor einigen Tagen sechs Bauern bei Zusammenstoßen mit der Polizei von Polizisten erschossen wurden, und die Bestrafung der Beteiligten gefordert wird. Der Regierungsvertreter, Vizeminister Jarosinski, erwiderte, daß die Untersuchung noch im Gange sei und daß es noch verfrüht wäre, jetzt schon eine Bestrafung der Polizisten zu verlangen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit den Stimmen des Regierungsklubs und der Nationaldemokratie gegen die Stimmen der Minderheitsgruppen und der Linken abgelehnt; der Antrag wurde zur Prüfung an die Kommission für Verwaltungssachen weitergeleitet.

Aus der Haushaltskommission.

Warschau, 15. Januar. In der Dienstagsitzung der Haushaltskommission des Sejm wurde über das Budget des Finanzministeriums sowie den Vorschlag des Verkehrsministeriums abgestimmt. In der Diskussion über das Budget des Verkehrsministeriums bemängelte der Referent Abg. Bursa, daß dieses Budget zu hohe Ausgaben für Investitionen aufweise. Diese dürften unter normalen Verhältnissen nicht in so hohen Beträgen aus den laufenden Einkünften gedeckt werden. Weiter kritisierte der Redner die Art der Holzlieferungen für die Eisenbahn. Er kann es nicht verstehen, warum die Eisenbahn das Holz nicht direkt aus den Staatsforsten, sondern nur von Vermittlern bezieht, die es in den Staatsforsten kaufen. Vizeminister Szapki betonte, daß sich das Verkehrsministerium jedesmal an die Staatsforsten wende, die sich verpflichtet hätten, 300 000 Schwellen zu liefern, während der Bedarf 6 Millionen Schwellen betrage. Offenbar hätten die Staatsforsten keinen entsprechenden technischen Apparat zur Verarbeitung der Schwellen. Bei der Abstimmung wurde der Regierungsentwurf angenommen, in dem die Deckung für den 15prozentigen Zuschuß zu den Beamtengehältern nachgewiesen wird.

Internationale Konventionen in der Kommission.

Warschau, 16. Januar. In Anwesenheit des Ministers Zaleski und des Vizeministers Wypocki fand gestern eine Sitzung der Außenkommission des Sejm statt, in der ohne Diskussion eine Reihe von internationalen Konventionen ratifiziert wurde. Abg. Lieberman referierte über vier Konventionen, durch welche die gegenseitigen Kollisionen auf dem Gebiet des Seerechts geregelt werden sollen. Man erklärte sich damit einverstanden, diesen Konventionen beizutreten. Angenommen wurde sodann ein Antrag auf Ratifizierung eines Traktats über die Auslieferung von Verbrechern zwischen Polen und den Vereinigten Staaten. Das Traktat enthält besondere Bedingungen, unter denen die Auslieferung von politischen sowie kriminellen Verbrechern verpflichtet. Angenommen wurde schließlich ein Gesetz über die Ratifizierung der Konvention mit Deutschland, durch die die Bedingungen der Schifffahrt auf der Neke und Brähe geregelt werden.

Weitere deutsch-polnische Holzverhandlungen.

Warschau, 17. Januar. Der „Agencja Wschodnia“ zufolge ist der Vertreter Deutschlands, Strohmayr, in Warschau eingetroffen, um die Verhandlungen über den Abschluß des Holzabkommens fortzusetzen. Gestern vormittag konferierte er mit dem deutschen Gesandten Kauscher und begab sich dann zum Präsidium des Ministerrats, worauf er von Minister Zaleski empfangen wurde.

Eisenbahnanleihe für Polen.

Der amerikanische Finanzberater für Polen, Dement, ist — auf dem Wege nach Amerika — in Paris eingetroffen. Wie dem „Tingadentschen“ von dort gemeldet wird, wird Dement von der Washingtoner Regierung einen eingehenden Bericht über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens erstatten. Ebenso dürfte die Vorschläge, die Dement zu machen hat, die Finanzierung von Sachverständigen der Wallstreet nötig machen. Die Hauptabsicht der Reise des amerikanischen Finanzberaters für Polen war, Stimmung in Amerika für eine polnische Eisenbahn-Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar zu machen. Dement ist der Ansicht, daß allerdings als Bedingung dafür von den amerikanischen Finanzleuten gefordert werde, daß die polnischen Staatsbahnen nach dem Muster der deutschen Reichsbahngesellschaft in eine autonome Eisenbahngesellschaft umzuwandeln sind.

Ein Zwischenfall im Korridorzuge.

„Deutschland ist ein befestigtes Volk.“

Dirschau, 16. Januar. Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich am Sonntag, wie reichsdeutsche Blätter berichten, bei der Kontrolle des D-Zuges, der von Polen kommend, über Marienburg nach Deutschland fährt. Ein holländischer Diplomat, der mit diesem Zuge reiste, wurde von Beamten der polnischen Staatspolizei angehalten, weil ihm das polnische Visum fehlte. Alle Einwendungen und sein Hinweis, daß der Visumzwang zwischen Holland und Polen aufgehoben sei, waren vergeblich. Er mußte den Zug verlassen und sollte mit dem nächsten Zuge nach Marienburg zurückkehren. Auch der Aufenthalt im Wartesaal wurde ihm verweigert.

Als sich der Diplomat ganz energisch zur Wehr setzte und seinem Unwillen in ungewohnter Weise Ausdruck gab, benachrichtigte man die Staatspolizei und das Polizeikommissariat. Erst dort erkannte man den Mißgriff der Beamten. Der Staatspolizei und der Polizeikommissar erschienen auf dem Bahnhof, um sich bei dem Holländer in aller Form zu entschuldigen. Sie erbieten sich sogar, ihm für die Weiterreise ein Auto zur Verfügung zu stellen, was jedoch dankend abgelehnt wurde. Als der Diplomat erklärte, daß die deutschen Beamten in dieser Hinsicht nicht so engberzig seien, bekam er zur Antwort: „Deutschland ist ein befestigtes Volk.“ Der Diplomat zog es vor, mit dem nächsten Zug nach Danzig weiterzufahren, um Deutschland auf einem anderen Wege zu erreichen.

Die polnische Darstellung.

Warschau, 16. Januar. Im Zusammenhange mit der obigen Information der reichsdeutschen Presse hat die polnische Telegraphen-Agentur von der Bahnhofs-polizei in Dirschau über diesen Zwischenfall folgende Darstellung erhalten:

„Am vergangenen Sonnabend, d. h. am 12. d. Mts., traf nachmittags 2.27 Uhr aus Danzig mit dem Personenzug der holländische Staatsangehörige Sewake auf einen gewöhnlichen, nicht diplomatischen Zug, hier ein, um nach Ostpreußen weiterzufahren. Da es sich während der Kontrolle herausstellte, daß er das polnische Visum nicht besaß, wurde er gehalten, aus dem Zuge herauszukommen, worauf man ihn auf dem Bahnhof bedauerte, daß er als Ausländer nicht den Zug benutzen dürfe, mit dem er nach Dirschau gekommen war, da er das polnische Visum nicht hatte. Nach Erledigung dieser Sache wurde der Holländer in den Wartesaal gebeten, wobei man ihm den Pass nicht abnahm. Bald darauf kam der Staatspolizei, der, nachdem er sich mit Herrn Sewake verständigt und das Mißverständnis aufgeklärt hatte, ihm die Weiterfahrt mit dem Transitzuge gestattete, der aus Berlin nach Königsberg fährt.“

Verbot für deutsche Schüler.

Polnische Vereine werden empfohlen.

Kattowitz, 15. Januar. An die katholische Volksschule in Hohenlunde ist eine Verfügung ergangen, wonach den Kindern der deutschen Minderheitsschule in Hohenlunde durch ihre Klassenlehrer die Mitteilung gemacht werden mußte, daß es ihnen verboten wird, weiterhin deutschen Vereinen anzugehören. Gemeint ist damit die Zugehörigkeit zu dem Kindheit-Jesu-Verein zur Unterstützung der katholischen Heime sowie zur Kinderabteilung der Deutschen Gebetsbrüderchaft Herz Jesu Ehrenwache. Den betroffenen Schülern wurde nochmals anheimgestellt, entsprechenden polnischen Vereinen beizutreten.

Rumänien und Polen solidarisch.

In der rumänischen Kammer gab am Dienstag Außenminister Mironescu nähere Auskunft über den Sowjetvorschlag an Polen und Rumänien Stellung dazu. Er meinte, er könne über den Noten Austausch Rumänien mit Polen über diese Frage noch keine nähere Auskunft geben, da diese Sache zur Veröffentlichung noch nicht reif sei. So viel könne jedoch gesagt werden, daß die rumänische Antwort an Polen günstig aufgenommen worden sei, ein Beweis für die polnisch-rumänische Solidarität. Auch die polnische Antwort an Rumänien entspreche dem rumänischen Standpunkt. Rumänien könne auf einen Vorschlag so lange nicht antworten, bis ihm derselbe nicht unmittelbar gemacht worden sei. In dem Polen von Rumänien vorgeschlagenen Protokoll sei betont worden, daß die Streitfrage zwischen Rumänien und Polen auch weiterhin unerledigt bleibe, selbst wenn Rumänien dieses Protokoll unterzeichnen sollte.

Mironescu erklärte dann weiter, daß Rumänien die Absicht habe, den Kellogg-Pakt in kürzester Zeit zu ratifizieren, obwohl alle Staaten, die ihn bisher unterschrieben hätten, besonders Rumänien, gewisse Vorbehalte gemacht hätten. Infolge dieser Beschränkung könne leicht der Eindruck gewonnen werden, daß Rumänien, falls es seinerseits das Protokoll ebenfalls unterzeichnen sollte, auch die von Rumänien gestellten Bedingungen anerkenne. Eine solche Auffassung sei ein Irrtum, da Rumänien nicht die Absicht habe, sich solche Beschränkungen aufzuerlegen. Rumänien führe eine Politik des Friedens und alle internationalen Verträge, die von Rumänien unterzeichnet worden seien, bezweckten die Erhaltung des Friedens. Im Namen der Regierung könne er feststellen, daß Rumänien niemals einen Angriffskrieg führen werde, da Rumänien von einem Krieg nichts zu erwarten hätte und seine Hoffnungen lediglich auf den Frieden setze. Diesem Ziel werde Rumänien unter allen Umständen dienen.

Matfchel widerruft.

Agram, 14. Januar. Obergespan Maximowitsch ließ am Sonntag den Präsidenten der Kroatischen Bauernpartei Dr. Matfchel zu sich bitten, um ihn über seine einem Mitarbeiter des „Pesti Hirlap“ gewährte Unterredung zu befragen. Dr. Matfchel erklärte zunächst, daß seine Ausführungen von dem Journalisten vollkommen falsch und entstellt wiedergegeben worden seien und gab dann den Inhalt seiner Unterredung mit dem genannten Journalisten zu Protokoll. Dem „Pesti Hirlap“ wurde für das ganze Gebiet Süd-Slawiens das Postdebit entzogen.

Ratifizierung des Kellogg-Pakts durch Amerika.

Washington, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Senat der Vereinigten Staaten hat den Kellogg-Pakt mit 84 gegen eine Stimme ratifiziert mit dem Vorbehalt, daß die Monroe-Doktrin unverändert bleibt, d. h. daß Amerika das Recht behält, Verteidigungskriege zu führen.

Die Ratifikation des Kellogg-Vertrages durch den amerikanischen Senat ist vor allem auf Vorahs Stellungnahme zurückzuführen, der dem Senat eine Auslegung des Vertrages gab, die die Opposition unwirksam machte.

Parter Gilberts Rücktritt.

Die „Gerald Tribune“, die über die Verhandlungen in Washington genau orientiert ist, teilt „autoritativ“ mit, daß Gilbert sich entschieden habe, möglichst rasch nach Abschluß der Sachverständigen-Konferenz als Generalagent der Reparationskommission zu demissionieren.

Nach dem „New York Herald“ sind Parter Gilbert zahlreiche verlockende Angebote von großen Bankhäusern zugegangen. Das Blatt behauptet, daß Parter Gilbert als Teilnehmer einer großen Bankfirma mindestens eine Million Dollar jährlich verdienen könnte.

Nicht Morgan, sondern ein Partner seines Hauses?

Nach einer Meldung der „Times“ werde der zweite Delegierte für die Sachverständigenkonferenz in Paris neben Owen Young nicht Pierpont Morgan selbst sein, sondern Mr. A. Dean Fay, ein Partner des Hauses Morgan & Co. in Paris. Die amerikanische Regierung habe sich damit einverstanden erklärt, daß eines der amerikanischen Mitglieder der Vorsitzende der Konferenz werde.

Diese Frage des Vorsitzes bereiteit anscheinend die Haupt Schwierigkeit. Nach diplomatischem Brauch hätte in Paris als Tagungsort ein Franzose Vorsitzender sein müssen. Da aber die Franzosen Hauptinteressenten sind, war die Übertragung des Vorsitzes auf einen „neutralen“ Amerikaner ein naheliegender Ausweg. Die Wahl des Präsidenten der Konferenz wird voraussichtlich durch die Konferenz selbst erfolgen.

Eine Bestätigung der Meldung der „Times“, daß nicht Morgan selbst, sondern einer seiner Teilnehmer zum Sachverständigen ausgerufen sei, liegt aus Amerika selbst nicht vor, wo man vielmehr bisher noch mit Morgans Teilnahme rechnet. Nach einer Meldung des „New York Herald“ würde die formelle Ernennung Morgans, also nicht seines Partners, Ende dieser Woche erfolgen. Die „Einladung“ an die Amerikaner soll durch die Reparationskommission als Vertreterin der Gläubiger und durch Deutschland als den Schuldner erfolgen. Zum evtl. Erlass der Amerikaner in Herr Vertins bestimmt; als zweiter Erlassmann ist der Teilnehmer des Hauses Morgan T. W. Hammond in Aussicht genommen.

Englische Parlamentarier in Ostende verhaftet.

Nach etlicher Meldung aus Ostende wurden dort die britischen Parlamentarier Maxton (Arbeiterpartei) und Saklatvala (Kommunist) sowie der Sekretär der Liga gegen den Imperialismus, Bridgeman, die nach Köln zur Teilnahme an einer Versammlung der Liga unterwegs waren, von den belgischen Behörden verhaftet. Die Beamten erklärten, der belgische Justizminister habe Befehl erteilt, den Genannten die Durchreise durch Belgien nicht zu gestatten. Sie erhielten die Erlaubnis, die Nacht in einem Hotel zu verbringen und wurden angewiesen, am nächsten Tage mit dem ersten Dampfer nach England zurückzufahren. Die Verhafteten haben telephonisch die britische Botschaft in Brüssel und Premierminister Baldwin um Intervention gebeten. Die Gewerkschaftsführer Cook und Gossip reisten ungehindert nach Köln weiter.

Verschöörung in der Türkei.

London, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In letzter Zeit gingen den türkischen Behörden Meldungen über eine Verschwörung gegen die Anzora-Regierung zu. Eine von der Polizei eingeleitete energische Untersuchung hat zur Verhaftung von 80 Personen, die an der Verschwörung beteiligt sein sollen, geführt.

Der Thronwechsel in Afghanistan.

Über die Ereignisse, die der Abdankung Amanullah vorausgingen, werden folgende Einzelheiten berichtet: Die Truppen Amanullah wurden am Sonntag von den Rebellen hart bedrängt und gezwungen, das Tal von Kobedaman zu räumen. Im Laufe der Nacht drang der Befehlshaber der Rebellen, Bachajakaw, in das Tal von Kabul ein und umzingelte die ungefähr fünf Kilometer westlich von Kabul gelegene wichtige Ortschaft Dehkoef. Diese Ortschaft, in der sich das Hauptquartier des Königs, eine starke Besatzung und einige Geschütze befanden, wurde von den Aufständischen genommen.

Die Aufständischen setzten ihren Vormarsch auf Kabul fort und besetzten nach vorübergehender Beschießung die die Hauptstadt beherrschenden Hügel. Nunmehr faßte Amanullah den Beschluß abzudanken. Sein Bruder wurde feierlich zum König gekrönt. Die Parteigänger Amanullahs und die religiösen Führer gingen zu den Aufständischen, mit denen sie einen Waffenstillstand abschlossen.

Der neue König Znanatullah, der ältere Bruder Amanullahs, hat im Jahre 1919 unter dem Eindruck der Ermordung seines Vaters auf den Thron verzichtet und ist dann von Amanullah drei Jahre gefangen gehalten worden. Nach seiner Freilassung haben sich die Brüder veröhnt und Znanatullah hat den König Amanullah auch auf seinen Reisen begleitet. Da Znanatullah das Vertrauen der beiden Faktoren besitzt, die gegen Amanullah im Kampf standen, so nimmt man an, daß die Streitigkeiten ein Ende nehmen werden. Natürlich werden die Reformen Amanullahs von seinem Nachfolger nicht fortgesetzt werden, wenigstens nicht in demselben Tempo, wie es unter Amanullah geschehen ist.

Die feindlichen Brüder.

Neue Kämpfe in Afghanistan.

Wien, 17. Januar. P.M. Die Blätter melden aus London, daß Nachrichten aus Afghanistan zufolge König Amanullah nicht freiwillig abgedankt habe, sondern um sein Leben zu retten. Er sammelt jetzt seine Anhänger, um mit der Waffe in der Hand seinem Bruder den Thron wieder zu entreißen. Der afghanische Gesandte in London hat aus Kabul die Nachricht erhalten, daß trotz des Rücktritts des Königs Amanullah die Kämpfe andauern. Die Aufständischen haben die Geschütze auf die Stadt Kabul gerichtet. In der englischen Gesandtschaft befindet sich eine sehr große Zahl von Ausländern. Am Montag nachmittag erschien eine Bekanntmachung des Aufständischen-Führers, in welcher eine Belohnung für den Kopf Amanullahs ausgesetzt wird.

Nachrichten aus Delhi besagen, daß die Aufständischen den Ort Kasbalat nördlich vom Wege nach Delhi eingenommen haben.

Die Aufständischen in Kabul eingedrungen.

Berlin, 17. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen, die aus Afghanistan hier eingangen, sind die Aufständischen unter der Führung von Batscha Sakaw in Kabul eingedrungen. In den Straßen der Stadt ist ein erbitterter Kampf entbrannt.

Republik Polen.

Empfangsabend im Schloß.

Warschau, 16. Januar. Dem alljährlichen Brauch entsprechend gab gestern abend der Präsident der Republik im Schloß ein Diner für das diplomatische Korps, an dem auch die Mitglieder der Regierung mit dem Ministerpräsidenten Bartel an der Spitze sowie die ungarischen Gäste teilnahmen, die nach Warschau gekommen waren, um dem Staatspräsidenten die Abzeichen des Großen Verdienstkreuzes zu überreichen. Nach dem Diner fand ein Raut statt, an dem Vertreter der Regierung, des Militärs, der Diplomatie und des Sejm anwesend waren.

Aufhebung von Zeitungsbeschlagnahmen.

Kattowitz, 15. Januar. Wie seinerzeit berichtet, waren sämtliche deutschen Blätter Ostoberschlesiens wegen der Veröffentlichung des offenen Briefes des Deutschen Volksbundes an Außenminister Zaleski beschlagnahmt worden. Diese Beschlagnahme ist nunmehr durch eine gerichtliche Anordnung vom 12. Januar aufgehoben worden.

Aus anderen Ländern.

Amnestie in Belgien.

Brüssel, 17. Januar. Der Senat hat mit 72 gegen eine Stimme und bei 48 Stimmenthaltungen das Amnestiegesetz angenommen. Die Sozialisten haben sich der Stimme enthalten.

In Danzig

folgt die

Deutsche Rundschau

für Februar 3 Gulden.

Eingahlung an Postfach - Konto Danzig 2522.

mehr gerettet werden. Als die Feuerwehr eintraf, konnte sie ihre ganze Tätigkeit nur noch auf die Erhaltung des angrenzenden Getreidepfeichers der Firma Vorbieck richten, der im höchsten Maße gefährdet war. Durch schnelles und tatkräftiges Eingreifen gelang es schließlich, diesen zu retten und das Feuer auf seinen eigentlichen Entstehungsherd zu beschränken. Zu erwähnen wäre hier noch, daß das gerade herrschende Schneegestöber die größten Schwierigkeiten bei den Löscharbeiten machte. Die Ursache des Brandes konnte bisher mit Genauigkeit nicht ermittelt werden.

Rempelburg (Sopulno), 16. Januar. Eine allgemeine behördliche Revision der hiesigen Bäckereien fand in der vergangenen Woche statt. Auf Veranlassung der Kommission wurde die hier seit mehreren Jahren bestehende Bäckerei und Konditorei von E. Wente in der Gertrudenstraße geschlossen. Am Montag, dem 14., dem letzten gesetzlichen Jagdtermin für Hasen in diesem Jahre in Pommerellen — veranstaltete der hiesige Jagdverein eine Treibjagd auf dem Gelände Komierowo, auf der von 7 Schützen 10 Hasen erlegt wurden. Jagdlohn mit 3 Hasen wurde Besitzer G. O. S. Abbau-Rempelburg. Ein gewöhnlich nicht oft vorkommendes Jagdschloß ereignete sich am vergangenen Sonntag auf der von der staatlichen Försterei Swidwie veranstalteten Treibjagd. Von zehn Schützen wurden auf dem 1800 Morgen großen gepachteten Jagdterrain Schmalde nur 2 Hasen — gesehen, aber kein einziger geschossen. Die Mitglieder der Ortsgruppe Rempelburg und Landsburg des hiesigen landwirtschaftlichen Kreisvereins verbanden das „Zeit“ veranstalteten in voriger Woche eine gemeinsame Schlittenpartie nach unserem Städtchen, an der ca. 40 Schlitten teilnahmen. Nach einem zweistündigen Aufenthalt im hiesigen Zentralhotel wurde die Rückfahrt mit Musik nach Landsburg angetreten, wo im Anschluß daran im Hotel „Amis“ ein Tanzvergnügen stattfand.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Wendzin, 16. Januar. Kampf eines Polizisten mit drei Banditen. Der Polizist Stanislaw Torgus bemerkte nachts auf der Hauptstraße in Wendzin drei verdächtige Männer, die gefüllte Säcke trugen. Sein Anruf bewirkte, daß die Männer Revolver zogen und ein Feuer auf ihn eröffneten. Schwer verwundet sank der Polizist zu Boden, doch vermochte er noch einen der Banditen niederzuschleichen. Die beiden anderen entkamen. Der Erschossene erwies sich als ein in dortiger Gegend gefürchteter Bandit und Messerheld. Die Verfolgung führte noch zur Festnahme eines der beiden geflohenen Banditen.

Kodz, 16. Januar. Großfeuer. Kürzlich brach in den Baulichkeiten der Firma Aron Prusznowski in der Petrusstraße 220 Feuer aus. Der Brand war im Lagerraum entstanden, und zwar durch unvorsichtigen Umgang mit Feuer beim Ausstanen von Wasserleitungsrohren. Von hier aus hatte das Feuer auf das Kontor und sodann auf die Fabrikräume übergegriffen, wo es an den dort lagernden Rohstoffen reichliche Nahrung fand. An der Brandstätte trafen fünf Züge der Feuerwehr ein, denen es zwar gelang, zwei auf demselben Grundstück befindliche andere Gebäude vor dem Feuer zu bewahren, doch vermoden sie das große Lagergebäude der Firma Prusznowski trotz heldenmütiger Wächteraktion nicht mehr zu retten. Von dem mit Garvvorräten gefüllten Lagergebäude blieben nur die äußeren Wände stehen, alles übrige war dem verheerenden Element zum Opfer gefallen. Erst um 6 Uhr abends ließ das Feuer nach, so daß ein Teil der Werkbrücken konnte. Der Sachschaden soll ziemlich bedeutend sein und über 200 000 Zloty betragen. Die dem Feuer zum Opfer gefallenen Rohstoffe waren nicht versichert.

Freie Stadt Danzig.

Zu der Strandung des Dampfers „Valara“ bei Schiewenhorst wird mitgeteilt, daß vorläufig keine Möglichkeit gegeben ist, die Bergungsarbeiten aufzunehmen. Das Schiff, das bekanntlich in zwei Teile gebrochen ist, liegt völlig vereist, so daß eine Untersuchung des Schiffes schon aus diesem Grund ganz unmöglich ist. Ein am Dienstag unternommener Versuch, mit Dampfbooten an die Unfallstelle heranzukommen, mißlang infolge der starken Dünung. Es muß erst eine Beseitigung der See eintreten, bis es möglich sein wird, an das Schiff längs der Heranzukommen und festzustellen, ob Teile des Schiffes geborgen werden können. Durch die riesige Gewalt der See ist das Hinterschiff von dem Vorderschiff fortgetrieben und befindet sich jetzt etwa 10 Meter entfernt. Die Wellen haben das Hinterschiff völlig umgedreht, so daß es jetzt im rechten Winkel zum Vorderschiff liegt. Das Wrack ist schon stark eingeklemmt und bietet einen trostlosen Anblick. Beide Teile liegen ganz unter Wasser, so daß nur noch das Promenadenende und die oberen Teile zu sehen sind. Von der Steuerbordseite sind sämtliche Rettungsboote fortgeschwemmt worden, ebenso sind die Geländer weggerissen. Durch den mächtigen Anprall der Wogen sind sämtliche Türen eingeschlagen und die Kabinen zertrümmert. Die Dünung treibt ihr Wasser ungehemmt in das Schiff. Auf den Decksaufbauten, die noch zu sehen sind, ist alles vereist.

Zehn Jahre Zuchthaus wegen Totschlags erhielt in einer gestern stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung der 26jährige Schiffbauhelfer Max Friesen. Er hatte am 31. Oktober in angetrunkenem Zustande mit dem 61 Jahre alten Rädermeister Döbler einen Streit angefangen und nach ihm auf der Straße mit einem Dolch ohne ersichtlichen Grund niedergeschlagen. Die Beweisaufnahme fiel für den Angeklagten, der sich infolge seiner Trunkenheit der Vorgänge jenes Tages nur ganz dunkel zu erinnern vermochte, sehr ungünstig aus, so daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft die Schuldfrage auf Totschlag erweiterte und eine Zuchthausstrafe von acht Jahren beantragte. Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung das Urteil, wonach der Angeklagte wegen Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Umstand, daß der Gerichtshof bei Festsetzung des Strafmaßes noch erheblich über den Antrag des Staatsanwaltes hinausgegangen ist, fand durch den Hinweis auf die Schwere der Tat und tägliche Zunahme der in der Trunkenheit ausgeführten Messerstechereien ausfüllende Begründung.

Schuppenbrand im Kaiserhafen. Auf dem Gelände der Baltischen Handelsgesellschaft im Kaiserhafen brach Dienstag nachmittag in einem Schuppen Feuer aus, das schnell um sich griff. Der Schuppen, der etwa 10 bis 15 Meter lang ist und Kontore sowie Wohnräume des Wächters enthielt, brannte vollständig nieder. Allerdings konnte der größte Teil der in ihm enthaltenen Sachen gerettet werden. Das Feuer wurde vom Löschboot aus mit zwei Rohren bekämpft.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

Altenstein, 16. Januar. Schwere Raubüberfall. Sonabend mittag erschien in der Wohnung des Hausdieners Schmidt, Königstraße 82, ein Mann, der die

allein in der Wohnung befindliche Frau Schmidt fragte, wann ihr Mann nach Hause komme. Nach dem die Frau antworten konnte, hatte ihr der Eindringling ätzende Mittel in die Augen gestreut, sie riedererschlagen und an Händen und Füßen gefesselt. Darauf durchsuchte er sämtliche Behälter der Wohnung und raubte u. a. 320 Mark, die der Ehemann der Frau Schmidt als Hauptkassierer des Deutschen Verkehrsverbandes einverleibt hatte. Die Polizei ist eifrig bemüht, den Täter zu ermitteln.

Pr. Eglau, 16. Januar. Freitod eines Oberprimaners. Der Oberprimaner der hiesigen Aufbauschule R. Koppchen hat am Sonntagabend durch Erschießen seinem Leben ein Ende gemacht. Die traurige Tat ist um so erschütternder, als der überaus strebsame und gewissenhafte junge Mensch, der sich bei Lehrern und Kameraden besonderer Liebe und Achtung erfreute, erst kürzlich die Freude hatte, zur Reifeprüfung zugelassen zu werden. Offenbar lag ein völliger Nervenzusammenbruch vor, da der Verstorbenen seit längerer Zeit an Schlaflosigkeit litt und schon früher wegen seiner nervenärztlichen Rat gebraucht hatte.

Scheidung

beantragt die Dirigentin des Konzerts.

Die Aufklärung des Skandals, der sich am Freitagabend bei dem Konzert der Wiener Dirigentin Lisa-Maria Mayer in der Philharmonie ereignete, hat nunmehr die Kriminalpolizei veranlaßt, dem Gatten der Künstlerin, dem Wiener Kaufmann Gaberle, der gekündigt hat, der Absender der Briefe zu sein, die den Skandal veranlaßt haben, den Paß abzunehmen, um ihn am Verlassen der Reichshauptstadt zu verhindern. Eine Festnahme kam nicht in Frage, weil es noch nicht geklärt ist, ob er sich überhaupt einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Sobald Gaberle seinem Versprechen, den Geschädigten das Eintrittsgeld zum Konzert zurückzuerstatten, nachgekommen sein wird, wird das Ehepaar seine Papiere zurückerhalten und nach Wien abreisen können. Eine Anklage wegen Betruges wird, wie man hört, gegen Gaberle nicht erhoben werden. Höchstens wird man ihn wegen groben Unfugs zur Verantwortung ziehen. Gaberle hat sich bereit erklärt, zur Gerichtsverhandlung in Berlin zu erscheinen.

Die Dirigentin wiederholte einem Vertreter des „Montag“ gegenüber die Erklärung, daß sie sich durch die Vorgänge veranlaßt sah, die Scheidung von ihrem Mann einzuleiten in der Hoffnung, auf diesem Wege ihre künstlerische Rehabilitation herbeizuführen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein. anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementskautions beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

100. 1. Ein eigenhändiges Testament braucht niemandem vorgelegt zu werden. 2. Testamentvollstreckung kann jede von dem Testator dazu bestimmte Person sein. 3. Das Testament kann bei Gericht deponiert werden, der Testator kann es aber auch aufbewahren, wo es ihm beliebt. Das Testament hat zeitlich unbegrenzte Gültigkeit; natürlich kann es aber sein Urheber jederzeit aufheben oder abändern. 5. Das Testament ist gültig, wenn es eigenhändig geschrieben und unterschrieben ist und die Angabe des Ortes und des Tages seiner Errichtung enthält. 6. Wo die im Testament bedachten Erben wohnen, ist ohne Bedeutung.

100. 1. Sie können von dem Waldbesitzer keinen Schadenersatz fordern. Nur für Wildschaden, der durch Schwarzwild, Hirsche und Rehe verursacht wird, ist der Besitzer des Jagdbezirks ersatzpflichtig, in dem das genannte Wild vermutlich seinen Standort hat. 2. Der Besitzer eines Grundstücks kann zwar verlangen, daß auf dem Nachbargrundstück keine Anlagen hergestellt werden, von denen vorausgesetzt ist, daß sie eine unzulässige Einwirkung auf sein Grundstück ausüben werden, aber Bäume und Sträucher gehören nicht zu diesen Anlagen.

50. In dieser Angelegenheit müssen wir Sie an das Deutsche Konsulat in Thorn verweisen; dort erhalten Sie zuverlässige Auskunft. Am besten ist es, Sie gehen persönlich einmal hin und besprechen die ganze Angelegenheit.

„Papiermarkt.“ 180 000 Mark deutsch hatten am 1. 1. 1920 einen Wert von 14 444 Zloty. Welchen Wert der Betrag heute hat, hängt davon ab, wie das Geld seinerzeit angelegt worden ist. Ist es hypothetisch eingetragener, wird es mit 15 Prozent, ist es nicht hypothetisch eingetragener, wird es nur mit 10 Prozent aufgewertet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Sehr günstige Ergebnisse der Zuckerkampagne 1928/29 in Deutschland. — Die europäische Zuckerezeugung. Die Januarumfrage der Rohzuckerabteilung des Vereins der Deutschen Zuckerrückstände ergibt sowohl hinsichtlich der Rübenverarbeitung wie der Zuckerezeugung des Betriebsjahres 1928/29 günstige Zahlen. Man rechnet nunmehr für Deutschland mit einem Zuckerertrag von 16 655 Mill. Ds. Verbrauchszucker, gegenüber 15 077 Mill. Ds. Verbrauchszucker im Betriebsjahre 1927/28. Gegenüber der Novembererschätzung der Industrie bedeutet das einen Mehrertrag von 4,4 Prozent gegenüber der Oktobererschätzung einen Mehrertrag von 9,8 Prozent. Die Zuckerausbeute aus der Rübe, die im November auf 15,84 Prozent, gegenüber 15,58 Prozent im Vorjahre geschätzt wird, wird nunmehr mit 15,93 Prozent angegeben. Da bis zum 5. Januar von 247 berichtenden Fabriken 240 die Rübenverarbeitung schon abgeschlossen hatten und auch die übrigen sieben Fabriken in diesen Tagen die Rübenverarbeitung endgültig beenden, so können die vorstehenden Zahlen als endgültige Ergebnisse des Betriebsjahres 1928/29 angesehen werden. Die durchschnittliche Dauer der Kampagne schwankt zwischen 41 Tagen (Schweden) und 74 Tagen (Dänemark). — Für Europa ist die Internationale Vereinigung für Zuckerrückstände die Zuckerezeugung im Betriebsjahre 1928/29 mit 4,7 Mill. Ton. Verbrauchszucker, gegenüber 4,4 Mill. Ton. Verbrauchszucker im Vorjahre an. In der Statistik der Internationalen Vereinigung für Zuckerrückstände fehlen wie bisher Frankreich, England, Spanien, Russland. Für Europa bedeutet die neue Schätzung eine Mehrertrag von fast 9 Prozent gegenüber der Oktoberumfrage. Die Zuckerausbeute aus der Rübe nunmehr endgültig mit einer Minderezeugung von 16,6 Prozent gegenüber dem Vorjahre rechnen, ein Umstand, der für die tschechische Handelsbilanz außerordentlich bedeutsam ist, da sich um diese Minderezeugung die tschechische Ausfuhr verringert.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reines Goldes wurde gemäß Veranlassung im „Monitor Gold“ für den 17. Januar auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zloty am 16. Januar. Danzig: Ueberweisung 57,77 bis 57,91, bar 57,80—57,84. Berlin: Ueberweisung Warchau 47,05—47,25, Kattowitz 47,05—47,25, Polen 47,05—47,25, bar gr. 46,875—47,275, kl. 46,80—47,20. Zürich: Ueberweisung 58,18. London: Ueberweisung 43,27. New York: Ueberweisung 11,25. Budapest: Ueberweisung 18,45. Budapest: bar 64,10—64,40. Prag: Ueberweisung 37,25. Mailand: Ueberweisung 214,50.

Warthener Börse vom 16. Januar. Umlauf. Verkauf — Kauf. Belgien 123,94, 124,25 — 123,63, Belgien —, Budapest —, Bulgarien —, Dslo —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,58, 358,48 — 356,68. Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,25, 43,36 — 43,14. New York 8,90, 8,92 — 8,88. Oslo —, Paris 34,86, 34,95 — 34,77. Prag 26,38/100 — 26,45 — 26,32/100. Riga —, Schweiz 171,52, 171,95 — 171,10. Stockholm 238,43, 239,03 — 237,83. Wien 125,30, 125,61 — 124,99. Zürich 46,67, 46,79 — 46,55.

Ämtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 16. Januar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01/100, Dslo, 25,01/100, Br. New York —, Dslo, —, Br. Berlin —, Dslo, —, Br. Warchau 57,77 Dslo, 57,91 Br. Noten: London —, Dslo, —, Br. Berlin 122,47 Dslo, 122,753 Br. New York —, Dslo, —, Br. Holland —, Dslo, —, Br. Warchau 57,80 Dslo, 57,91 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont.	Für drahtlose Ausgabung in deutscher Mark	In Reichsmark 16. Januar	In Reichsmark 15. Januar
Äge		Geld	Brief
—	Buenos-Aires 1 Be.	1 770	1 774
—	Kanada . . . 1 Dollar	4 192	4 200
5,48%	Japan . . . 1 Yen.	1 905	1 910
—	Rairo . . . 1 äa. Bfd.	20 905	20 945
—	Konstantin 1 trf. Bfd.	2 044	2 048
4,5%	London 1 Bfd. Ster.	20 383	20 473
5%	New York . . . 1 Dollar	4 230	4 215
—	Rio de Janeiro 1 Mlle.	0 500	0 502
—	Uruguay 1 Goldpel.	4 236	4 304
4,5%	Amsterdam . 100 fl.	168 52	168 51
10%	Brüssel . 100 fr.	5 435	5 445
4%	Brüssel-Wit. 100 fr.	58 335	58 515
6%	Danzig . . 100 Gulb.	91 43	81 64
7%	Helsingfors 100 fl. W.	10 57	10 59
7%	Italien . . . 100 Lira	21 995	22 035
6%	Jugoslawien 100 Din.	7 373	7 373
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112 12	112 14
8%	Lissabon . 100 Esc.	18 53	18 57
5,5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	112 03	112 25
3,5%	Paris . . . 100 fr.	16 42	16 43
5%	Bras. . . . 100 Kr.	12 433	12 435
3,5%	Schweiz . . 100 fr.	80 84	80 85
10%	Sofia . . . 100 Lva	3 037	3 034
5%	Spanien . . 100 Pes.	68 62	68 63
4%	Stockholm . 100 Kr.	112 38	112 33
6,5%	Wien . . . 100 Kr.	59 085	59 185
7%	Budapest . . 100 Bng.	73 23	73 43
8%	Warschau . . 100 Zl.	47 05	47 25

Zürcher Börse vom 16. Januar. (Ämtlich.) Warchau 58,18, New York 15,995, London 25,31/100, Paris 20,31, Wien 173,07/100, Prag 15,38/100, Italien 27,20/100, Belgien 72,27/100, Budapest 90,58, Helsingfors 13,09, Sofia 5,75/100, Holland 208,47/100, Dslo 138,60, Kopenhagen 138,65, Stockholm 138,02/100, Spanien 84,90, Buenos Aires 2,18/100, Tokio 2,36/100, Rio de Janeiro —, Budapest 3,12/100, Athen 6,72, Berlin 123,57/100, Belgrad 9,12/100, Konstantinopel 2,52/100, Brno-Dist. 4/100, Ägyl. we. —/100.

Die Bank Wollf zählt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Bfd. Sterling 43,08 Zl., 100 Schweizer Franken 170,84 Zl., 100 franz. Franken 34,72 Zl., 100 deutsche Mark 211,11 Zl., 100 Danziger Gulden 172,21 Zl., tschech. Krone 26,28 Zl., österr. Schilling 124,83 Zl.

Aktienmarkt.

Pföner Börse vom 16. Januar. Seit verinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 65,50 C. 4proz. Konvertierungsanleihe der Pföner Vandalstadt (10 Zloty) 50,00 D. Notierungen in Schid: 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 103,00 C. Tendenz ruhig. — Industrieaktien: Bank Im. Sp. Sar. 88,00 C. Perscheld-Viktoria 55,00 C. Sp. Etolarka 60,00 C. Tendenz ruhig. C. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.

Produktenmarkt.

Ämtliche Notierungen der Pföner Getreidebörse vom 16. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Rilo in Zloty frei Station Pföner.

Richtpreise:	
Weizen	42,00—43,00
Roggen	—
Weizenmehl(65%)	59,50—63,50
Roggenmehl(65%)	—
Roggenmehl(70%)	47,50
Hafer	30,25—31,25
Braugerste	34,00—36,00
Mahlerste	32,00—33,00
Weizenkleie	25,25—26,25
Roggenkleie	25,50—26,50
Sommerweide	39,00—41,00
Beluchien	37,00—39,00
Felderbien	45,00—48,00
Viktoriaerbsen	65,00—70,00
Kolgererbsen	59,00—64,00
Rüblamen	4,00—44,00
Sonadrot	49,00—51,00
Kartoffelflocken	30,25
Leinamen 39—38%	52,00—53,00
Sonnenblumenluch	49,00—51,00
Roggenstroh, lose	5,75—6,25
Roggenstroh, gepr.	7,00—7,50
Heu, lose	14,00—15,50
Heu, gepr., üb. Rotiz	über Rotiz 15,50—17,00
Heu, gepr., üb. Rotiz	17,00—19,00

Gesamtstendenz: ruhig. Braugerste in ausgeuchten Sorten über Rotiz.

Berliner Produktenbericht vom 16. Januar. Getreide und Vellast für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 208—210, März —, Roggen märk. 205—207, März —, Gerste: Braugerste 218—226, Futter- u. Industrieernte 192—200. Hafer märk. 199—205, Mai 233, Juli 238, Mais 231—233, Weizenmehl 25,50—28,50, Roggenmehl 26,25—28,25, Weizenkleie 14,60—14,70, Weizenkleiemeisse 15,00 bis —, Roggenkleie 14,30—14,40, Raps —, Viktoriaerbsen 40—46, Kleine Speiseerbsen 31—35, Futtererbsen 21—23, Beluchien 22—24, Ackerbohnen 21—23, Wicken 26—28, Lupinen, h. u. 15,87—16,50, Lupinen, gelb 18,00—18,50, Gerstabelle, neue 41—46, Rapsfuchen 19,90—20,30, Leintuchen 25,00 bis 25,20, Trodenmehl 13,20—13,60, Sonadrot 22,20—22,40, Kartoffelflocken 18,50—19,20.

Berliner Butternotiz vom 15. Januar. Im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, Bracht u. Gebinde zu Last des Käufers. Butter: I. Qu. 1,82, II. Qu. 1,73, III. Qu. 1,57. Tendenz: freundlich.

Berliner Eiernotiz vom 15. Januar. Ausländische Eier: 18er Dänen —, 17er Dänen —, große —, normale 13/16, bis 14/16, kleine u. Schmutzeler 11/16—12/16.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 16. Januar. Preis für 100 Rilo. in Go-D-Mark. Elektrolytischer wirebars, prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 159,25, Remalte-Blattzint von handelsüblicher Beschaffenheit —, Orinalaluminium (98/99%) in Blöden, Walz- oder Drahtbaren 190, do. in Walz- oder Drahtbaren 99/100 194, Reimide (98—99 %) 350, Antimon-Regulus 79—82, Feinsilber für 1 Rilo. fein 78,00—80,00.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 15. Januar. (Ämtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.) Auftrieb: 1700 Rinder (darunter 362 Ochsen, 446 Bullen, 892 Kühe und Färsen), 2600 Kälber, 3200 Schafe, — Ziegen, 10 867 Schweine und — Auslandschweine.

Man zahlte für 1 Bfd. Lebendgewicht in Goldpfennigen: Rinder: Ochsen: a) vollfl., ausgewästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) —, b) vollfl., ausgewästete höchsten Schlachtwerts (ältere) —, c) vollfl., ausgewästete höchsten Schlachtwerts (älteste) —, d) mäßig ausgewästete —, e) mäßig ausgewästete —, f) mäßig ausgewästete —, g) mäßig ausgewästete —, h) mäßig ausgewästete —, i) mäßig ausgewästete —, j) mäßig ausgewästete —, k) mäßig ausgewästete —, l) mäßig ausgewästete —, m) mäßig ausgewästete —, n) mäßig ausgewästete —, o) mäßig ausgewästete —, p) mäßig ausgewästete —, q) mäßig ausgewästete —, r) mäßig ausgewästete —, s) mäßig ausgewästete —, t) mäßig ausgewästete —, u) mäßig ausgewästete —, v) mäßig ausgewästete —, w) mäßig ausgewästete —, x) mäßig ausgewästete —, y) mäßig ausgewästete —, z) mäßig ausgewästete —. Kühe: a) jüngere vollfl., ausgewästete höchsten Schlachtwerts 40—42, b) lichte vollfl., ausgewästete höchsten Schlachtwerts 42—44, c) geringe ausgewästete —, d) geringe ausgewästete —, e) geringe ausgewästete —, f) geringe ausgewästete —, g) geringe ausgewästete —, h) geringe ausgewästete —, i) geringe ausgewästete —, j) geringe ausgewästete —, k) geringe ausgewästete —, l) geringe ausgewästete —, m) geringe ausgewästete —, n) geringe ausgewästete —, o) geringe ausgewästete —, p) geringe ausgewästete —, q) geringe ausgewästete —, r) geringe ausgewästete —, s) geringe ausgewästete —, t) geringe ausgewästete —, u) geringe ausgewästete —, v) geringe ausgewästete —, w) geringe ausgewästete —, x) geringe ausgewästete —, y) geringe ausgewästete —, z) geringe ausgewästete —. Kälber: a) Doppellender feinsten Mast —, b) feinsten Mast —, c) feinsten Mast —, d) feinsten Mast —, e) feinsten Mast —, f) feinsten Mast —, g) feinsten Mast —, h) feinsten Mast —, i) feinsten Mast —, j) feinsten Mast —, k) feinsten Mast —, l) feinsten Mast —, m) feinsten Mast —, n) feinsten Mast —, o) feinsten Mast —, p) feinsten Mast —, q) feinsten Mast —, r) feinsten Mast —, s) feinsten Mast —, t) feinsten Mast —, u) feinsten Mast —, v) feinsten Mast —, w) feinsten Mast —, x) feinsten Mast —, y) feinsten Mast —, z) feinsten Mast —. Schafe: a) Mastlamm u. jüngere Mastlamm: 1. Weidemast —, 2. Stallmast 62—65, b) mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte junge Schafe 55—60, c) fleischiges Schafvieh 46—50, d) gering genährtes Schafvieh 35—40. Schweine: a) Fett Schweine über 3 Jtr. Lebendgew. 77—78, b) vollfl. von 240—300 Bfd. Lebendgew. 76—77, c) vollfl. von 200 bis 240 Bfd. Lebendgew. 76—77, d) vollfl. von 160—200 Bfd. 72—75, e) 120—160 Bfd. Lebendgew. 68—72, f) vollfl. unter 120 Bfd. —, g) Sauen 67—71, — Ziegen: —. Marktverlauf: Bei Rindern langsam, bei Kälbern und Schafen ruhig, bei Schweinen anfangs glatt, Schluss ruhig.

Geflügelmarkt.

Berliner Geflügelnotiz vom 15. Januar. Gechlachtetes Geflügel: Hühner, hiel. Cuppen, 1/1, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100, 1/101, 1/102, 1/103, 1/104, 1/105, 1/106, 1/107, 1/108, 1/109, 1/110, 1/111, 1/112, 1/113, 1/114, 1/115, 1/116, 1/117, 1/118, 1/119, 1/120, 1/121, 1/122, 1/123, 1/124, 1/125, 1/126, 1/127, 1/128, 1/129, 1/130, 1/131, 1/132, 1/133, 1/134, 1/135, 1/136, 1/137, 1/138, 1/139, 1/140, 1/141, 1/142, 1/143, 1/144, 1/145, 1/146, 1/147, 1/148, 1/149, 1/150, 1/151, 1/152, 1/153, 1/154, 1/155, 1/156, 1/157, 1/158, 1/159, 1/160, 1/161, 1/162, 1/163, 1/164, 1/165, 1/166, 1/167, 1/168, 1/169, 1/170, 1/171, 1/172, 1/173, 1/174, 1/175, 1/176, 1/177, 1/178, 1/179, 1/180, 1/181, 1/182, 1/183, 1/184, 1/185, 1/186, 1/187, 1/188, 1/189, 1/190, 1/191, 1/192, 1/193, 1/194, 1/195, 1/196, 1/197, 1/198, 1/199, 1/200, 1/201, 1/202, 1/203, 1/204, 1/205, 1/206, 1/207, 1/208, 1/209, 1/210, 1/211, 1/212, 1/213, 1/214, 1/215, 1/216, 1/217, 1/218, 1/219, 1/220, 1/221, 1/222, 1/223, 1/224, 1/225, 1/226, 1/227, 1/228, 1/229, 1/230, 1/231, 1/232, 1/233, 1/234, 1/235, 1/236, 1/237, 1/238, 1/239, 1/240, 1/241, 1/242, 1/243, 1/244, 1/245, 1/246, 1/247, 1/248, 1/249, 1/250, 1/251, 1/252, 1/253, 1/254, 1/255, 1/256, 1/257, 1/258, 1/259, 1/260, 1/261, 1/262, 1/263, 1/264, 1/265, 1/266, 1/267, 1/268, 1/269, 1/270, 1/271, 1/272, 1/273, 1/274, 1/27

In letzter Stunde.

Außenministerium, Generalkonsulat und Wojewodschaft für eine Annahme der Millionenerbschaft.

Heute abend sollen unsere Stadtväter ihre Entscheidung in der Erbschaftsangelegenheit der Frau Lena Cohen treffen. Bei der großen Bedeutung der Frage fühlen wir uns veranlaßt, noch einmal auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Der Magistrat begründet, wie unsere Leser gestern sahen, seine ablehnende Haltung mit der großen Verantwortung, die er zu übernehmen hätte. Wie denken nun andere, weitersehende Behörden unseres Staates über diese Verantwortung? Wie über die ganze Frage?

Das Ministerium des Äußern vertritt, wie uns bekannt ist, den Standpunkt, daß die ganze zu übernehmende Verantwortung einzig in der Fürsorge dafür liegt, die Beträge in die richtigen Hände und ausschließlich in diese Hände gelangen zu lassen.

Der Herr Wojewode in Posen nimmt genau den gleichen Standpunkt ein, geht darüber hinaus aber noch weiter. Er meint, daß der Magistrat um diese Verantwortung in keinem Falle herumkommt. Denn wenn die Erbschaft in irgend einer Form — in welcher dies möglich ist, werden wir noch sehen — doch nach Bromberg kommt, so sei nach den in Posen geltenden Gesetzen der Magistrat doch zu einer Kontrolle über die Verwendung der Gelder verpflichtet, trage also auch dann eine Verantwortung.

Aber weit mehr noch: Der diplomatische Vertreter unseres Staates in Amerika hat wiederholt an geeigneter Stelle in Telegrammen und Briefen mit aller Energie die Revision des ersten ablehnenden Beschlusses gewünscht. Man hat von Amerika aus darauf hingewiesen, daß „in Amerika“ kein Mensch die von unserem Magistrat angegebenen Gründe anerkennt, sondern jeder antimilitärische Tendenzen für die Entscheidung verantwortlich machen werde. Man hat von dort aus auch schwere Bedenken aus politischer Beziehung geltend gemacht für den Fall, daß der Beschluß bestehen bleibe und damit die Presse „in Amerika“ sich erneut mit der Sache beschäftigen werde.

Das Ministerium des Äußern in Warschau hat, wie wir wissen, sich diese Bedenken in vollem Umfang zu eigen gemacht und fürchtet außenpolitische Unannehmlichkeiten.

Der Herr Wojewode in Posen unterstreicht den gleichen Standpunkt. Besonders betont er noch folgendes: Nach den Ausführungen der polnischen Vertretung in Amerika sollen die Herren Testamentvollstrecker unbedingt entschlossen sein, den Willen der Frau Cohen zu erfüllen. Die Herren beabsichtigen, für den Fall der erneuten Ablehnung eine Delegation hierher zu entsenden, die die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen lernen und eine Institution zum Zwecke der Verwaltung schaffen soll. Wie schon oben vorgetrieben erwähnt, würde eine solche Kommission auf Grund der geltenden Gesetze durch die Regierung, und zwar als deren Beauftragte durch die Stadt zu überwachen sein. Die Verantwortung bliebe also doch beim Magistrat.

Das Ministerium des Äußern, mit dem amerikanischen Geschäftsgesicht wie auch mit der jüdischen Einstellung der Amerikaner gleich gut vertraut, hat auch erkannt, daß man es drüben sehr unangenehm empfinden würde, wenn die Reise einer Delegation notwendig würde.

Denn man würde drüben nie vergessen, daß eine solche Reise viel Geld kostet und aus der Erbmasse, also aus dem Besitz der Armen der Armen, bestritten werden müßte, nur weil der Magistrat unserer Stadt seine wahre Aufgabe nicht erkannt hat.

Unsere Leser werden fragen: Kennt denn der Magistrat den Standpunkt unserer Behörden nicht? Nun, wir glauben, er kennt ihn sehr genau! Aber in dem unumstößlichen Wunsch, sich wieder einmal gründlich lächerlich zu machen, kümmert man sich nicht darum. Der Magistrat holt vielmehr hier am Ort ein sachmännliches Gutachten ein und stützt sich darauf!

Wie solche Gutachten entstehen, wissen wir ja alle ziemlich gut! Ihren hohen Wert haben wir erst kürzlich an einem Beispiel kennen gelernt! War nicht der Freiheitsturm eine haufällige, gefährliche Ruine, zu deren Sprengung man dann ein ganz schönes Pöbchen Sprengstoff brauchte? Es liegt uns ganz fern, dem Gutachter einen Vorwurf machen zu wollen, aber wir wissen, daß es schwer ist, in einer Sache unparteiisch zu sein, in der das Herz nicht unbeteiligt ist!

In dem Verhalten des Magistrats aber können wir nur noch Mangel an gutem Willen sehen! Über alle von hohen Stellen geäußerten Bedenken und Wünsche setzt er sich zum Schaden des Staates hinweg und schafft aus geringer Ursache vielleicht diplomatische Verwicklungen, deren Tragweite er gar nicht übersehen kann!

Vierfach handelt er gegen seine Pflicht! Er jündigt als Mensch und Christ gegen die Grundgebote der Christenpflicht wie jeder Religion überhaupt!

Er verstößt als Armenpfleger gegen seine besondere Pflicht nach bester Kraft zu helfen!

Er handelt als Behörde gegen die Intentionen der maßgebenden Stellen unseres Staates, macht der Regierung unnötige Schwierigkeiten und gibt den Bürgern kein gutes Beispiel!

Er schädigt durch seine Halsstarrigkeit die guten Beziehungen zwischen unserer Stadt und den übergeordneten Behörden, während er die Möglichkeit gehabt hätte, sich in Erfüllung seiner selbstverständlichen Aufgabe diese Behörden besonders zu verpflichten!

In dieser ersten Stunde erwarten wir von unseren Stadtverordneten als Männern, die nicht vom grünen Tisch aus und nicht mit der Brille der Partei, sondern aus dem Leben heraus an die Frage herangehen werden und müssen, den klaren Blick für das, was auf dem Spiele steht! Mit der Ablehnung dieser Erbschaft, die nach Informationen „in Amerika“ und in Warschau in keinem Falle eine endgültige Wirkung haben würde, werden viele Arme, viele Kranke und Greise, Ihre Tränen werden in Kürze getrocknet, ihr Recht wird ihnen werden! Aber auch wir andern alle, Bürger unserer Stadt und unseres Staates, werden leiden: denn schwer, sehr schwer zumachen wird der Schaden sein, der unserer Stadt trifft, den Auswärtigen Amt, Wojewode und Generalkonsul voraussetzen!

Möge es der heutigen Sitzung der gewählten Vertreter unserer Stadt gelingen, in letzter Stunde in das rollende Rad zu greifen und den Sturz von vorn mit allen bösen Folgen zu verhindern! Das ist unser Wunsch für das Stadtparlament, für die Stadt, unseren Staat und die Armen in dieser letzten Stunde!

Was ist Südslawien?

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) ist heute der wichtigste und mächtigste Staat des engeren Balkan. Man muß verstehen, dieses Land mit dem Serbien der Vorkriegszeit, das eine so unheilvolle Rolle in der Geschichte gespielt hat, zu verwechseln. Damals stand Serbien in heftiger Opposition zu Österreich, von dem es sich bedroht fühlte, und damals standen die jetzt jugoslawischen, damals österreichischen Provinzen, Bosnien und Herzegowina, Dalmatien, Kroatien und Slowenien, in nicht weniger heftigem Gegensatz zu der Donaumonarchie. Heute befinden sich diese Völker alle zusammen in einem selbstgewollten Staat und sie haben die schweren Kinderkrankheiten durchzumachen, die jedes Entwicklungsstadium mit sich bringt. Es wäre falsch, zu glauben, daß etwa die Kroaten den Zerfall des jetzigen Staatsgebildes oder eine völlige Autonomie wünschten. Alle diese Völker, aus denen sich das Königreich SHS zusammensetzt, halten prinzipiell an ihm fest. Die einen wollen nur den gerechten Anteil am Staate, der ihnen von den anderen verweigert wird. Daß über diese innere Kluft der Staat zerfallen könnte und daß auch durch die jetzige Königsdiktatur der Staat noch nicht gesichert ist, das ist eine andere Frage.

Das Königreich SHS ist ein typischer Balkanstaat. Er umfaßt Gebiete wie Montenegro, wo die Bauern in tieferster Armut ihr Leben fristen, wo abenteuerliche Gestalten mit Dolch und Revolver uns ganz das Bild geben, das wir in unserer Phantasie vom Balkan uns vorstellen, dann wieder Städte wie Agrum, das mit seinen modernen Straßen, Bäumen und Kaufhäusern ebenbürtig irgendwo in Mitteleuropa sein könnte. Er umfaßt die fruchtbaren Gebiete in Bosnien, wo Schweine- und Tabakbau vorherrschen, und das zwar landschaftlich schöne aber öde Karstgebiet an der dalmatinischen Küste, wo nichts wächst und wo jeder Fleck Erde den Steinen und der Wüste entrissen werden muß. Es umfaßt Kroatien, das am frühesten von dem Joche der Türkenherrschaft befreit wurde und das daher am meisten von westlicher Zivilisation profitiert hat, und Albanien, wo bis in das 19. Jahrhundert hinein der Türkenjoch seine vernichtende Herrschaft behauptet hat. Dieser geschichtlichen Entwicklung entsprechen auch die drei Religionen, die in Südslawien vorherrschen. Die Kroaten sind römisch-katholisch, die Serben, Bosnien-Montenegriner sind zum größten Teil griechisch-katholisch oder aber auch mohammedanisch. In Serajewo wohnen sogar vier Religionen friedlich nebeneinander. Neben den schlanken Minaretts der mohammedanischen Moscheen erhebt sich der Kuppelbau einer Synagoge,

neben der Zwiebelkuppe einer orthodoxen Kirche mit dem griechischen Kreuz steht die römisch-katholische Kirche in Formen, die auch wir kennen, entsprechend das Bild auf der Straße. Wir sehen Mohammedaner mit dem Fez und ihre Frauen tief verschleiert. (Bis hierhin reicht der Einfluß Mustafa Kemals nicht.) Wir sehen die farbenfrohen und abenteuerlichen Trachten der bosnischen und serbischen Bauern aus der Umgebung, und wir sehen wieder Frauen und Männer modern gekleidet, so daß sie ebenso in Berlin unter den Linden oder in Paris auf den Boulevards spazieren gehen könnten. Serajewo besitzt noch ein richtiges Bazarviertel, wie wir es aus den Städten des Orients kennen. Und doch hat der Reisende das Gefühl, daß die mohammedanische Welt langsam, aber sicher zurückgedrängt wird.

Vieles erinnert noch an die Habsburgische Herrschaft. Bauern, selbst im entferntesten Winkel, sprechen Deutsch. Sie haben vielleicht einmal vor Jahren in Laibach oder in Marburg oder sogar in einer österreichischen Garnison gedient. Man wird merken, daß sie jetzt, nachdem sie ihre Selbstständigkeit zurückgewonnen haben, mit viel Sympathie an die frühere Zeit zurückdenken. Man hat dort auch nicht die vielen kulturellen Taten vergessen, die das Land Österreich verdankt. Die Straßen, die Eisenbahnen, die öffentlichen Gebäude, alles stammt noch aus der Habsburger Zeit und ist mit österreichischem Gelbe gebaut worden. Je weiter man aber nach Bosnien und nach Serbien hineinkommt, desto größer wird der französische Einfluß. Belgrad hat sich finanziell und politisch ganz an Frankreich angelehnt, während Agrum Graz und Wien noch immer als seine unmittelbaren Nachbarn anstehen. Von Marburg und Laibach ganz zu schweigen, die, wie überhaupt ganz Slowenien, stark deutschen Einschlag haben. Großen Einfluß hat dabei auch die Schrift. Die Kroaten und Slowenen schreiben Lateinisch wie wir, die Serben Cyrillisch, Jugoslawien ist also ein zweisprachiges Land, alle amtlichen Veröffentlichungen und Ansprachen sind in doppelter Schrift gehalten. Dies ist wichtig zur Erkenntnis der Gegensätze.

Die dalmatinische Küste, die zu einer der reizvollsten Gegenden Europas gehört und die auch immer mehr durch Fremdenverkehr belebt wird, ist stark von italienischen Elementen durchsetzt. Schon Zadar, die Grenzstation, besitzt eine starke italienische Minorität. Zara, die durch den Friedensvertrag Italien zugesprochene Stadt, bildet nun eine italienische Enklave mitten im jugoslawischen Land. Die Italiener haben aber nicht viel Freude an dieser Erwerbung erlebt. Vom Hinterlande abgeschnitten, ist sie eine tote Stadt und bietet ein gespenstisches Bild dem Reisenden, der die

dalmatinische Küste entlang fährt. Ragusa und die anderen Küstenstädte tragen in ihrem Baustil ganz venezianisches Gepräge. Die Gegend dort hat eine große Zukunft und Abzuga fühlte schon lange die Konkurrenz der dalmatinischen Inseln und Städte.

Jugoslawien hat zwölf Millionen Einwohner. Davon entfallen auf Albanien 2 655 000 Einwohner, auf Südslawien (Mazedonien) 1 475 000, auf Montenegro 200 000, auf Bosnien und Herzegowina 1 900 000, auf Kroatien und Slowenien 2 740 000, auf Serbien 1 056 000, auf Dalmatien 622 000 und auf Vojvodina 1 380 000 Einwohner. Man kann verstehen, daß die Vorherrschaft der Serben, die zahlenmäßig in keiner Weise hervorragen, unter den anderen Völkern und hauptsächlich unter den Kroaten, die zahlenmäßig an erster Stelle stehen, die beständige Opposition hervorrufen mußte. Alles kommt für die Zukunft darauf an, ob es gelingt, eine zufriedenstellende Lösung zwischen den nach Osten strebenden Serben und den nach Westen tendierenden Kroaten und Slowenen zu finden. Südslawien bildet in seiner jetzigen Zerrissenheit immer noch eine große Gefahr für den Frieden Europas. Der Aufbau dieses Staates sei anerkannt. Aber wir dürfen niemals vergessen, daß die Schiffe in Serajewo den Weltkrieg einleiteten und daß die Rivalität zwischen Frankreich und Italien sich am deutlichsten an den Küsten des Mittelmeeres und nicht zuletzt an der dalmatinischen Küste offenbart. Das Königreich SHS, ob es nun diktatorisch oder parlamentarisch regiert wird, ist heute noch ein Staat von Völkern, die zwar zueinander streben, die sich aber ungemütlich in ihrem eigenen Hause fühlen. Wird es gelingen, aus diesem Staatengemisch eine Staatenfamilie zu schaffen? Von der Lösung dieser Frage wird viel für den Frieden Europas abhängen.

Bestellungen

auf die

Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern angenommen.

Dieser Bestellzettel für Februar 1929

Ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.

Jeder Postanstalt, auch Landbriefträger sind verpflichtet, diese Bestellung ausgefüllt entgegenzunehmen.

*) Na **Luty-Marzec** **Februar-März**
Luty **Februar**

Pan
Herr

St.- Nr.	Tytul gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Erscheinungs- ort	Na czas (miesiące) Se- zugs- zeit Monate	Abona- ment Se- zugs- geld Zł.	Należy- tość Post- gebüh- r Zł.
1	Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	*) 2 1	10,— 5,—	0,72 0,36

Pokwitowanie. — Quittung.

Złoty zaplacono dziś.

Złoty sind heute richtig bezahlt worden.

dnia
den 1928

*) Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.

Kleine Rundschau.

* Die Ozeanflüge gehen wieder los. Raum hat das neue Jahr begonnen, als sich schon die französischen Transoceanflieger wieder zu regen beginnen. Der erste offizielle Kandidat für das große Unternehmen ist der Marineleutnant Paris, der im letzten Jahre bei seinem ersten Versuch bis zu den Azoren kam und dort wegen Motorbeschaden aufgeben mußte. Paris hat jetzt schon im Flughafen von St. Raphael an der Riviera seine Übungsflüge mit seinem Transoceanflugzeug begonnen. Er beabsichtigt, falls er die Erlaubnis erhält, bei der ersten günstigen Gelegenheit nach New York zu starten.

* Benzintank der „Latham“ gefunden? Der Polizeimeister der Polizei hat berichtet, daß der Amtmann von Vorge den von Fischern an einem entlegenen Ort der Küste gefundenen Benzintank nach Vorge gebracht und untersucht hat. Wie er mitteilt, trägt der Tank die deutlich lesbare Aufschrift „Latham“. Der Tank wird nach Serbol und von dort an das Kriegsministerium in Oslo gesandt werden.

* Selbstmord einer Zwölfjährigen. In einem kleinen Arbeiterhaus in Vercan in der Steiermark war während der Abwesenheit der Eheleute eine Benzinkanne explodiert, und die Stichflammen setzten bald die Möbel in Brand. Das zwölfjährige Tochterchen des Arbeiters und ihre fünf Geschwister erlitten durch die Explosion schwere Brandwunden. Während die jüngeren Geschwister vor Schmerzen bewußtlos liegen blieben, versuchte das zwölfjährige Mädchen trotz furchtbarer Brandwunden ihre Geschwister zu retten. Der Reihe nach schleppte sie alle fünf ins Freie, dann brach sie selbst bewußtlos zusammen. Zwei der Geschwister, ein dreijähriger und ein sechsjähriger Bruder, starben sofort. Auch das heldenmütige Mädchen erlag ihren schweren Verletzungen.

In den ersten 10 Jahren

sollte jede Mutter ihr Kind nur mit der reinen, milden

NIVEA KINDERSEIFE

waschen und baden. Das Kind wird es ihr einst danken, weil ihm dadurch später manche Sorge um die Erhaltung seines guten Teints erspart bleibt. Nivea-Kinderseife ist überfettet und nach ärztlicher Vorschrift besonders für die empfindliche Haut der Kinder hergestellt.

Preis z. 1,50

Bei REGEN WIND und SCHNEE

NIVEA-CREME macht die Haut jugendfrisch.

Preise für NIVEA-CREME:

NIVEA-CREME

Reiben Sie allabendlich, aber auch am Tage, bevor Sie in die raue Luft hinausgehen, Gesicht und Hände gründlich damit ein. Nivea-Creme enthält — als einzige Hautcreme — das hautverwandte, hautnährende Eucerit, das vollständig in die Haut eindringt, sie kräftigend, pflegend und glättend.

Dosen von z. 0,40 — Tuben von z. 1,35 an

Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Warschau, 15. Januar. In der letzten Konferenz, die Vertreter der Wirtschaftskreise mit der Regierung hatten, wurde u. a. auch die Frage der Steuerprojekte besprochen. Bei dieser Gelegenheit kündigte der Finanzminister an, daß er, sofern ihm vom Sejm die Ermächtigung zur Herabsetzung der Umsatzsteuer gegeben werden sollte, diese Herabsetzung eintreten lassen werde. Man werde jedoch mit Rücksicht auf das Budgetgleichgewicht dabei vorsichtig zu Werke gehen müssen. Die Vertreter der Wirtschaftskreise haben sich mit der Reform der Umsatzsteuer im Sinne der Regierung einverstanden erklärt.

Die in dieser Konferenz anwesenden Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise haben, wie die „Gazeta Pomorska i Pomorska“ meldet, gegen die geplante Erhöhung der Grundsteuer nicht protestiert.

Steuertermine für das Jahr 1929.

Januar:

1. bis zum 15. die Gewerbesteuer vom Umsatz für Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen 1. bis 5. Kategorie;
2. bis zum 15. Einzahlung des Vorschusses der Gewerbesteuer für das letzte Quartal 1928 von Handels- und Industrieunternehmen, die keine Bücher führen;
3. innerhalb sieben Tagen von der Auszahlung ab, die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;

Februar:

1. vom 15. ab die erste Rate der Grund- und Gebäudesteuer;
2. von städtischen und einigen ländlichen Immobilien für das 4. Quartal 1928;
3. bis zum 15. die Gewerbesteuer vom Umsatz wie im Januar;
4. innerhalb sieben Tagen von der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;
5. von Lokalen für das 4. Quartal 1928;

März:

1. bis zum 15. die erste Rate der Grund- und Gebäudesteuer;
2. bis zum 15. die Gewerbesteuer vom Umsatz bei Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie und Industrieunternehmen 1. bis 5. Kategorie;
3. innerhalb sieben Tagen von der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;

April:

1. bis zum 15. die Gewerbesteuer wie im März;
2. innerhalb sieben Tagen von der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;
3. innerhalb des April Einzahlung der Hälfte des in der Einkommensteuererklärung angegebenen Betrages;

Mai:

1. von städtischen und ländlichen Immobilien für das 1. Quartal 1929;
2. bis zum 15. Gewerbesteuer wie im April;
3. bis zum 15. Gewerbesteuer vom Umsatz für das Jahr 1928 von allen Handels- und Industrieunternehmen;
4. bis zum 15. Einzahlung des Vorschusses der Gewerbesteuer für das 1. Quartal 1929 von Industrie- und Handelsunternehmen, die keine Bücher führen;
5. innerhalb sieben Tagen von der Auszahlung ab die Einkommensteuer aus Dienstbezüglern u. a.;
6. von Lokalen für das 1. Quartal 1929;

Juni:

1. bis zum 15. Gewerbesteuer vom Umsatz bei Handelsunternehmen 1. und 2. Kategorie sowie Industrieunternehmen 1. und 5. Kategorie;
2. innerhalb sieben Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;

Juli:

1. bis zum 15. die Gewerbesteuer wie im Juni;
2. bis zum 15. Einzahlung des Vorschusses der Gewerbesteuer für das zweite Quartal 1929 von Handels- und Industrieunternehmen, die keine Bücher führen;
3. innerhalb sieben Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;

August:

1. von städtischen und ländlichen Immobilien für das zweite Quartal 1929;
2. bis zum 15. Gewerbesteuer für Handelsunternehmen I. und II. Kategorie, sowie Industrieunternehmen I. bis V. Kategorie;
3. innerhalb 7 Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;
4. von Lokalen für das zweite Quartal 1929.

September:

1. bis zum 15. Gewerbesteuer wie im August;
2. innerhalb 7 Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;

Oktober:

1. vom 15. die zweite Rate der Grund- und Gebäudesteuer;
2. bis zum 15. Gewerbesteuer wie im September;
3. bis zum 15. Einzahlung des Vorschusses für das dritte Quartal 1929 für Handels- und Industrieunternehmen, die keine Bücher führen;
4. innerhalb 7 Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer aus Dienstbezüglern u. a.;
5. innerhalb des Oktober Zahlung der Einkommensteuer nach den Zahlungsaufforderungen;

November:

1. bis zum 15. die zweite Rate der Grund- und Gebäudesteuer;
2. von städtischen und ländlichen Immobilien für das dritte Quartal;
3. bis zum 15. Gewerbesteuer vom Umsatz von Handelsunternehmen I. und II. Kategorie, sowie Industrieunternehmen I. bis V. Kategorie;
4. Lösung der Gewerbesteuer- und Registerkarten für das Jahr 1930;
5. innerhalb 7 Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer von Dienstbezüglern u. a.;
6. von Lokalen für das dritte Quartal 1929;

Dezember:

1. bis zum 15. Gewerbesteuer wie im November;
2. Lösung der Gewerbesteuer- und Registerkarten für das Jahr 1930;
3. innerhalb 7 Tagen vom Tage der Auszahlung ab die Einkommensteuer aus Dienstbezüglern u. a.;

Verlangen Sie überall

auf der Messe, im Hotel, im Restaurant
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 17. Januar.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Frostwetter mit Schneefällen und vorübergehender Aufklärung an.

Lieber Tabak und Schnaps, als — Fleisch.

In den letzten Jahren hat in der ganzen Welt eine starke Propaganda für vegetarische Ernährung eingelegt. Ein durchschlagender Erfolg war diesem Beginn bisher aber versagt. So ist der jährliche Durchschnittsverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung beispielsweise in England mit 60 Kilogramm noch immer recht hoch und läßt auch in Deutschland mit 48 Kilogramm nicht viel zu wünschen übrig. Nur Polen hat einen außerordentlich geringen Durchschnittsverbrauch von Fleisch zu verzeichnen, nämlich kaum 18,4 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung.

Wer nun aber glaubt, Polen sei am stärksten „vegetarisch“ durchdrungen, der irrt. Der geringe Fleischverbrauch ist nicht auf Aufklärung der Bevölkerung über die Vorteile der vegetarischen Kost zurückzuführen, sondern lediglich auf die ärmliche Lebensweise breiter Bevölkerungsschichten. Das ist auch deutlich aus dem Verbrauch der einzelnen Teilgebiete zu erkennen. Innerhalb Polens wird im ehemals preussischen Teilgebiet 32 Kilogramm Fleisch pro Kopf der Bevölkerung verbraucht, in den Ostgebieten, wo jede Industriebevölkerung fehlt, 20,5 Kilogramm, in Kongresspolen mit seinem starken Prozentatz von Industriearbeitern 16,7 Kilogramm und in Galizien, wo der existenzunfähige kleine Bauernbesitz überwiegt, sogar nur 12,5 Kilogramm.

Ein fäkalischer Verdienst schränkt nun in unserem Lande zwar den Verbrauch von Fleisch, aber nicht den von Schnaps und Tabak ein. So beläuft sich die durchschnittliche Ausgabe pro Kopf der Bevölkerung in Polen für Fleisch auf 52 Zloty jährlich, für Tabak und Schnaps auf verhältnismäßig nicht viel weniger, nämlich 43 Zloty. Und dabei ist zu bedenken, daß doch Frauen und Kinder meist nicht rauchen und trinken, an Fleischmahlzeiten sich jedoch recht rege beteiligen.

Trotz aller Not hat man in Polen also für „spirituelle“ Genüsse noch sehr viel übrig.

§ Das Ende des ersten Schulhalbjahres. Das Kultusministerium hat ausnahmsweise angeordnet, daß im laufenden Jahre das erste Schulhalbjahr in sämtlichen Schulstufen am 31. Januar d. J. nach den normalen Unterrichtstagen abgegeschlossen wird und das zweite Halbjahr am 5. Februar d. J. beginnt. Auf diese Weise wird eine Unterbrechung im Schulunterricht am 1. 2. 3. und 4. Februar eintreten, statt am 31. Januar, 1. 2. und 3. Februar.

§ Autoführerprüfung und Untersuchung mechanischer Fahrzeuge. Wie uns die städtische Polizeiverwaltung mitteilt, findet am Mittwoch, 23. d. M., ab 8.30 Uhr morgens hier in Bromberg eine Untersuchung von Autodroschken und anderen mechanischen Fahrzeugen statt. Am 24. d. M. wird eine Prüfung für Autoführer abgehalten. Sofern die Zeit es gestattet, können in der Stadt Bromberg anständige Kandidaten auch bereits am 23. geprüft werden. Es werden nur solche Gesuche berücksichtigt, die spätestens bis zum 20. d. M. bei der hiesigen Starostei eingereicht wurden. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle Besitzer von Autodroschken, deren Registrierungsnummer bis zum 31. Dezember 1928 gültig waren, ihre Fahrzeuge unbedingt vorzuführen haben, da sie sonst aus dem Verkehr gezogen werden.

§ Religiöse Vorträge für denkende Menschen. Den ersten dieser Vorträge im Gemeindehaus eröffnete die Dr. Kinneth aus Berlin mit dem Thema: Die Kirche in der religiösen Krise der Gegenwart. Die geistige Struktur der Gegenwart ist bestimmt durch religiösen Synkretismus, Religionsmischung und Säkularisierung, d. h. Vermischung. Während hinter dem Synkretismus immerhin noch ein religiöses Suchen steht, ist die Wurzel der Säkularisierung der Abstreifung der Ungläube, wenn er sich auch in die Form des Aberglaubens kleidet. Immer deutlicher wird in der ganzen Welt der scharfe Riß zwischen Unglauben und Glauben. Dieser Situation steht sich die Kirche gegenüber. Hat die Kirche in dieser Geisteslage noch Bedeutung? Es gibt Stimmen, die die Kirche immerhin noch anerkennen als Kulturfaktor, als eine Art notwendige geistige Polizei. Daneben steht eine deutliche Ablehnung. Welche Kreise der Gebildeten lehnen sie ab. Ihre Seelsorger sind Goethe, Steinmüller, Graf Kanferling u. a. Musik, Kunst, ästhetisch-mystischer Idealismus sind für viele die Religion. Abnehmend steht die Arbeiterwelt. Zum guten Teil ist die Männerwelt neutral der Kirche gegenüber. Für sie ist die Lage Erlass für die Kirche. Eine Stellung zur Kirche kann man nur nehmen, wenn man sich auf das Wesen der Kirche bezieht. Sie ist kein Verein religiös interessierter Menschen, eine Religionsgesellschaft, keine Pastoreninstitution. Kirche ist vielmehr religiöser Lebensgrund, religiöse Glaubensgemeinschaft, Erkenntnisgemeinschaft, Gebetsgemeinschaft. Sie unterscheidet sich von menschlichen Organisationen dadurch, daß sie überzeitlich ist. Sie hat den Auftrag Gottes hinter sich, sie hat das ewige Wort. Die Kirche ist gewissermaßen der Brief Gottes an die Welt. Sie muß sich bewußt werden, daß sie dem Gewissen des Volkes ist. Daher darf sie nicht alles gehen lassen wie es will, sondern muß heiligen Protest zu allem Unheiligen erheben. Sie darf sich durch Schweigen nicht selbst entwerten. Sie fordert Gehör, weil sie das Wort Gottes hat. Bei einer derartigen Bewusstseinsaufklärung empfinden wir doppelt die Spannung zwischen dem ewigen Wesen der Kirche und ihrer geschichtlichen Form. Das Wort Gottes muß durch Menschen verkündigt werden. Diese Spannung darf in der Kirche nicht verloren gehen. Sie liegt der Kirche eine ernste Verantwortung auf, d. h. nicht nur den Pastoren, sondern allen, die den Ruf Gottes in sich vernommen haben. Das Gebot der Stunde ist daher Kampf des Glaubens gegen den Unglauben. In ganz anderer Weise wie bisher müssen die Laien in diesen Kampf einreten. Gerade weil sie wissen, daß Gott die Kirche in Christus durch sein Wort geschaffen hat, dürfen sie den Mut haben, in Vollmacht des Geistes zu wirken. — Die zahlreichen Hörer folgten mit großer Spannung den aktuellen Ausführungen des Redners.

§ Folgen der Glätte. Am Dienstagabend stürzte in der Thornerstraße ein Pferd des Kaufmanns Neumayer infolge der Glätte und brach sich ein Bein. Das Tier mußte getötet und in die Abdeckerlei geschickt werden.

§ Holzversicherung. Die Oberförsterei Schultze teilt uns mit, daß am Montag, 21. d. M., um 11 Uhr vormittags, in dem Lokale von Griekbad in Kroßen (Chrosno) eine Versteigerung von Holz- und Brennholz aus allen Revieren der Oberförsterei stattfinden wird.

§ Einer Schwindlerin zum Opfer gefallen ist die Frau Helene Hoppe, Aufwärtinstraße 107 wohnhaft. Sie hatte einer Fremden, die sie im Gericht kennengelernt hat und die ihr angeblich ihre Zweizimmer-Wohnung überlassen wollte, Obdach gewährt. Am Morgen verließ Frau H. ihre Wohnung, während die Fremde noch schlief, um ihrem

Manne Frühstück zu bringen. Als sie zurückkehrte, war die Fremde bereits mit 280 Zloty verschwunden.

§ Vermißt wird seit Ende August 1928 der 17-jährige Stanislaw Muchalski, Werderstraße 21 wohnhaft. R. hatte sich seinerzeit zu Verwandten im Kreise Gzarnikau begeben, wo er auch einige Tage verweilte, dort jedoch plötzlich verschwunden ist. Nachrichten über den Verbleib des Vermißten erbittet die Kriminalpolizei.

§ Vorsicht vor flüchtigen Zuhäuslern! Wie wir kürzlich aus Nowitsch meldeten, sind dort zwei Zuhäusler entflohen, die jetzt, wie die hiesigen Polizeibehörden mitteilen, im Kreise Lissa einen Einbruch verübt haben. Dort fiel ihnen u. a. auch ein Ausweis auf den Namen Jan Szyszkowski, geboren 31. 7. 1905 in Gzarnikau, Kreis Lissa, in die Hände. Es besteht nun die Wahrscheinlichkeit, daß die Flüchtlinge sich dieses Dokument zu Verfertigeren bedienen werden, weshalb die Bevölkerung besonders gewarnt wird. Bei den beiden flüchtigen Zuhäuslern handelt es sich um den 22-jährigen Jan Sikora, 1,67 Meter groß, blond, hager, langes, blondes Haar, braune Augen und um den 18-jährigen Stanislaw Karpiński, 1,83 Meter groß, blond.

§ Stiefbrüderlich gesucht wird der wegen Schmittgels zu 100 Tagen Gefängnis verurteilte Adam Mizeracki. Er war bisher in Bromberg wohnhaft, ist jedoch jetzt, da er seine Strafe abtun soll, von hier verschwunden.

§ Festgenommen wurden in der letzten Nacht acht Personen, darunter eine von den Behörden gesuchte Person und vier Betrunkene.

Bereine, Veranstaltungen u.

Der Verein Deutsche Bühne Badolza weist noch einmal auf sein großes Kostümfest hin, das am Sonnabend, dem 19. Januar, im Zirkusfesto unter dem Motto: „Mit Gedenken nach Amerika“, stattfindet. Wenn die Festleitung diesmal zur Deckung ihrer Unkosten einen höheren Eintrittspreis als andere Vereine zu erheben genötigt ist, so sei bemerkt, daß es sich nicht um ein bloßes Tanzvergnügen handelt, daß vielmehr drei Viertel der aktiven Bühnemitglieder im Dienst des Ganzen stehen, bzw. bei künstlerischen Darbietungen mitwirken. Im Mittelpunkt des Festes steht die Antunit Gedenks mit seinem Lustspiel in Lateinisch und seine feierliche Begräbnis, bei der die bekanntesten Persönlichkeiten jener denkwürdigen Reise vertreten sein werden. Die Neue Welt bietet die ihr eigenen Attraktionen: Illusionen, Jass-Regen und Cowboys; auch die Festfälle haben typisch amerikanische Einschlag: Der vermählte Millionär sucht die Terrasse seines Luxushotels auf, süße Blondköpfe locken zur American Bar, die gelbe Gefahr ist reißend in der Opiumhöhle vertreten, der Freund eines rauhen, aber herzlichen Tons fühlt sich in der Bildwelt der Außerwelt. Es liegt in der Idee des Festes, daß unsere Gäste als Reisepassagiere oder als Schaulustige aus allen Erdteilen, also in den Trachten aller Völker (moderne Gesellschaftsmenschen eingeschlossen) — und hoffentlich recht zahlreich — herbeiströmen. (1005)

Der Blumenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umg. hält am Sonntag, dem 20. d. M., um 3 Uhr, in der Johannischule seine Generalversammlung ab. Bezahlung der Beiträge. (880)

* Inowroclaw, 16. Januar. Aufhebung einer Einbrecherbande. Nach langen und mühseligen Nachforschungen zwecks Aufdeckung der Diebe, die in letzter Zeit verschiedene Einbruchsdiebstähle in der Stadt verübten, ist es der Polizei gelungen, eine wohlorganisierte Diebsbande zu ermitteln und deren Mitglieder festzunehmen. Es sind dies die hiesigen Einwohner: 1. Michal Wasielewski, der angeblich aus dem Kreise Plock stammen soll, ein überaus geliebener und raffinierter Burche mit dunkler Vergangenheit, der gleichzeitig der Organisator und Anführer der Bande war, 2. die Brüder Wiktor und Stanislaw Woch, 3. Stanislaw Kawalek, 4. Franz Pawinski und 5. Josef Wehla. Alle Verhafteten sind noch junge Burchen im Alter von ca. 20 Jahren, jedoch bereits mehrere Male vorbestraft und erfreuen sich des allerschlechtesten Rummels. Von ihnen wurden nicht weniger als zehn Einbruchsdiebstähle ausgeführt. Für einige Diebstähle standen die genannten Diebe bereits vor dem Strafgericht, doch mußten sie damals mangels genügender Schuldbeweise freigelassen werden. Gegenwärtig aber kann ihnen ihre Schuld unwiderleglich nachgewiesen werden, so daß sie ihrer gerechten Strafe nicht entgehen dürften. Außerdem wurde noch eine ganze Reihe von Fehlern ermittelt, die die gestohlenen Waren teils selbst verbraucht haben, teils aber weiterverkauften.

§ Rentomischel (Romy Tomysch), 15. Januar. Feuer brach in dem Kleinzeltschen Hause am Alten Markte, früher kurz gehörig, aus, in dem sich jetzt das Konfektionsgeschäft von Tomczak befindet. Die Lösungsaktion wurde durch Einfließen der Hydranten behindert. Infolge des Zeitverlustes brannte das Haus vollständig nieder; es konnten nur die schwer bedrohten Nachbarhäuser von Rauch und Lärm gerettet werden. Außer dem Sachschaden für den Hausbesitzer und Geschäftsinhaber sind noch Bargelbeträge von über 1100 Zloty verbrannt.

* Potosch (Potosch), 16. Januar. Selbstmord. Im benachbarten Dorfe Wlelowies erschien vor drei Tagen bei einem der dortigen Besitzer ein ca. 60 Jahre alter Bettler und bat um ein Nachtlager, das ihm auch anstandslos gewährt wurde. Als man jedoch am nächsten Morgen den Raum, der dem Bettler zum Nachtlager angewiesen worden war, betrat, fand man diesen erhängt vor, und zwar hatte er sich am eigenen Leibgurt aufgehängt. Da bei dem Toten keinerlei Dokumente vorgefunden wurden, so konnte auch dessen Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden.

§ Ratwiz (Ratoniwice), 16. Januar. Am Montag nachmittag fuhr Dr. Greiser mit seinem eigenen Wagen über Land und mußte vor Rudocice den Eisenbahnübergang überqueren. Der Kutscher überhörte das Warnungssignal des aus Wollstein kommenden Schlägerzuges, zumal die Strecke des Waldes wegen nicht zu übersehen war. Dabei wurde das Pferd von der Lokomotive erfasst, mitgeschleppt und getötet. Der Wagen wurde auseinandergerissen und die Insassen in den Graben geschleudert, ohne jedoch zu Schaden zu kommen.

§ Wollstein (Wollstyn), 15. Januar. Am Sonnabendabend fand im Vereinslokal Konditorei G. Schulz hier die Generalversammlung des Männergesangsvereins „Concordia“ statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Kaufmann Dr. Schulz wurde der Jahresbericht verlesen, der Kassenbericht entgegengenommen und die Entlastung erteilt. Des langjährigen Dirigenten Paul Kölsche, der in mehr als 30-jähriger treuer und nimmermüder Wirkamkeit tätig war und sein Amt an den stellvertretenden Viedermeyer Paul Zeibler übertragen hatte, wurde mit Worten des Dankes und der Anerkennung gedacht. Bei den Wahlen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Nur das Kassieramt übernahm an Stelle des abgewanderten Buchhändlers H. Schulz der Konditoreibesitzer Georg Schulz. Nach Aufnahme eines neuen Mitgliedes wurde die Sitzung in später Stunde geschlossen. — Seit Anfang dieses Monats ist eine Autobusverbindung in der Richtung Rausche, Priment, Schmiegel nach Kosten geschaffen worden.

Abst.-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiele; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Gerke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragaodski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 15.

